

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,50 RM. monatlich, 1,30 RM. wöchentlich, 30 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,30 RM. pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungsliste.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat.  
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlag: Ullstein.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechs Spaltenzeilen Acoloneille oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gebundene Wort 20 Pf. (zwei 2 gebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelexemplare und Gebührenscheine das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 23. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Vom inneren Frieden.

I.

Der Burgfrieden besteht immer noch; Zensur und Belagerungszustand machen über ihm. Aber es wäre gewagt, daraus auf die Möglichkeit schließen zu wollen, den alten Kämpfen und Auseinandersetzungen im Volke dauernd ein Ende machen oder auch nur einen vorübergehenderen Charakter geben zu können. Vielleicht ist sogar nichts so sehr geeignet, einer Abstumpfung alter Gegensätze entgegenzuwirken, als die Tatsache eben dieses Fortbestandes burgfriedlicher Ruhe und Stille. Die Unmöglichkeit, alte Meinungsverschiedenheiten und neu auftauchende Streitfragen frei zu erörtern, muß so viel Groll und Erbitterung bei allen Beteiligten aufhäufen, daß es schwer sein wird, den Explosionen der Spannung, wenn sie einmal die jetzt noch vorhandenen Widerstände sprengen, etwas an Heftigkeit zu nehmen. In den letzten Erörterungen des Reichstages hörte man es schon genugsam trachen und prasseln. Man darf auf den Augenblick gespannt sein, wo sich das Gewitter auch außerhalb der Parlamente entladen wird.

Derartige Erwägungen und Beobachtungen können indessen manche Leute nicht hindern, immer noch an den 4. August 1914 als einen Erlöser von alter Zwiethracht und Zerrissenheit zu glauben, und sie machen es sich zu ihrer Aufgabe, wieder und wieder nachzuweisen, daß das Ereignis dieses Krieges nicht nur für die Zeit seines Bestehens, sondern auch darüber hinaus eine neue, geläuterte Einheit des deutschen Volkes schaffen werde und schaffen müsse.

Zu den eifrigsten Propheten dieser neuen Zeit gehört der Bibliothekar des Preussischen Herrenhauses, Dr. Friedrich Thimme. Er meint es sicher ehrlich bei seinem Bemühen, alte Gegner einander näherzubringen und so etwas wie die Basis für künftige gemeinsame Arbeit zu schaffen. Die Frage ist nur, ob er sich nicht an Unmöglichem versucht.

Nachdem er schon vor etlichen Monaten zwanzig Auswählte aus den verschiedensten Lagern aufrief, gemeinsam in einem Buche als Wortführer eines Programms der Verständigung und Annäherung vor die Öffentlichkeit zu treten, hat er jetzt dieses Bemühen auf breiterer Grundlage fortgesetzt. In einem zweibändigen Werke „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes“ läßt er vierzig Männer und Frauen sich über ihre Hoffnungen und Forderungen äußern, die auf eine Verständigung zwischen den verschiedenen Richtungen und Parteien Bezug haben. Alle möglichen Streitfragen werden da erörtert, und Vertreter der verschiedensten Anschauungen kommen zu Wort. Auch eine bestimmte Richtung von Sozialdemokraten hat es sich natürlich nicht nehmen lassen, auf die Aufforderung des Herausgebers hin in das Konzert der Friedensschalmeien einzustimmen.

Wie sich die verschiedenen philosophischen Richtungen, die Konfessionen und kirchlichen Parteien nach dem Kriege miteinander abzufinden werden, kann hier unerörtert bleiben. Und auch die guten Ratschläge, die — neben anderen — der unvermeidliche Herr Zandrich der Sozialdemokratie erteilt, um ihr eine „richtige“ Würdigung von Religion und Christentum beizubringen, erscheinen nicht so bedeutend, daß man sich hier mit ihnen auseinandersetzen müßte. Was das Buch an Erwartungen und Wünschen für die künftige Gestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens enthält, verdient eher ins Auge gefaßt zu werden; nicht weil es durch seine Richtigkeit besonders überzeugend wirkt; aber doch, weil es bezeichnend ist für manche Kräfte und gewisse Bestrebungen, mit denen die künftigen politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zu rechnen haben werden.

Sobiel Begeisterung die vierzig Mitarbeiter auch für den inneren Frieden im deutschen Volke ausbringen, — die Ueberzeugung, daß er nun auch wirklich kommen würde, gewinnt man eigentlich nicht aus dem Buche. Man kann davon absehen, daß schon zwischen dem, was die Mitarbeiter dieses Friedensbuches als Voraussetzung künftiger friedlicher Zusammenarbeit hinstellen, teilweise recht weitgehende Differenzen bestehen. Die Parteivertreter, die hier zu Worte kommen, repräsentieren noch lange nicht das Volk. Und die in diesem Volke wirkenden Kräfte, die in dem Buche des Friedens keinen Ausdruck gefunden haben, sind vielleicht stärker, als viele glauben. Es ist aber nicht anzunehmen, daß sie sich werden einspannen lassen für jene Ziele und Bestrebungen, die — bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen — diesem Buche ihren Stempel aufdrücken.

An Veteuerungen des guten Willens zu Entgegenkommen und Verständigung fehlt es bei den Mitarbeitern des Buches nirgends. Aber man kann nicht gerade sagen, daß die Vertreter bestimmter Interessengruppen und Parteien deshalb in einem sehr viel anderen Lichte erschienen als vor dem Krieg mit seiner so viel berufenen Läuterung und feilschen Erhebung. Zum mindesten die Wortführer jener Richtungen, die bis dahin der Arbeiterbewegung wenig freundlich entgegenstanden, zeigen sich reichlich spröde im Umlernen. Dafür verfinden diejenigen, die als Vertreter der Arbeiterinteressen das Wort erhalten, freilich um so lauter die Neuorientierung der Politik ihrer Organisationen; das ist bei den Schippel, Heine, Heinemann und Kolb aber schließlich auch nichts Neues mehr; und die Frage bleibt, wie weit sie die Partei dabei wirklich hinter sich haben, auch wenn die „offizielle“ Politik der Partei ihnen heute ja in vielem recht zu geben scheint. Der Eifer,

mit dem sie sich für eine Umbiegung der überkommenen sozialistischen Bestrebungen ins Zeug legen, erfährt durch die Ausführungen der „anderen Seite“ in dem Thimmeschen Buche eine beachtenswerte Beleuchtung.

Als Vertreter der Unternehmerinteressen äußert sich Herr Dr. Walter Waldschmidt, Vorstandsmitglied bei der Löwe A.-G., sicherlich kein „Heißsporn“; aber selbst die wohlmeinende Geneigtheit, mit der er der Arbeiterbewegung gegenübersteht, muß den Arbeitern schon einen eigenartigen Begriff von der „Läuterung“ des Unternehmertums durch den Krieg geben. Die „Autorität“ des Unternehmers will Herr Waldschmidt in Zukunft so wenig angetastet wissen wie in der Vergangenheit. Die Interessen der Arbeiter sieht er mit denen des Unternehmers eng verknüpft: „Sind große Aufträge zu lohnenden Preisen zu erledigen — Voraussetzung für einen hohen Reingewinn —, so erhöhen sich ganz von selbst auch die Löhne“, meint er. Dies „ganz von selbst“ ist aber wenig überzeugend; und es wird dadurch nicht gerade wahr-scheinlicher, daß Herr Dr. Waldschmidt selbst zwei oder drei Seiten vorher geradezu ausführt, daß es durchaus nicht angemessen wäre, steigende Gewinne zu Lohnausbesserungen zu verwenden, denn selbst eine erhebliche Kürzung der Gewinne ermögli-che, auf viele Arbeiter verteilt, doch immer nur eine schwache Erhöhung der Löhne, damit aber sei den Arbeitern „nicht gedient“, und die erhöhten Löhne „verkrümeln sich ohne sichtbaren und bleibenden Nutzen in den Händen vieler“. An Stelle von Lohnzulagen empfiehlt Herr Dr. Waldschmidt wieder einmal die Schaffung von Wohlfahrts-einrichtungen, die den Arbeitern den „größten persönlichen Nutzen“ versprechen, aber „merkwürdigerweise“ von ihnen so wenig anerkannt würden. Vielleicht gibt aber Herr Waldschmidt selbst den Schlüssel zu diesem „merkwürdigerweise“, wenn er an anderer Stelle zur Empfehlung seiner Wohlfahrts-einrichtungen ausführt, daß sie auch den Unternehmern „geschäftlichen Erfolg“ einzubringen pflegten.

Neben Herrn Dr. Waldschmidt steht der freikonserervative Abgeordnete v. Dewitz, der zwar vornehmlich als Politiker spricht, aber doch auch die wirtschaftlichen Probleme streift. Er prophezeit schon jetzt den Gewerkschaften für die Zeit nach dem Kriege eine „schwere Belastungsprobe“. Und allerdings! Mutet er den Arbeitern doch zu, das Maß ihrer ökonomischen Forderungen an die Unternehmer so zu beschränken wie „seit Jahrzehnten nicht“. Er spricht von der fortbestehenden Preisrichtung der Arbeitsstoffe, was doch wohl auch bleibende Teuerung aller Arbeitserzeugnisse, Lebens-mittel usw. bedeutet, und hält es gleichwohl für selbst-verständlich, daß die Lohnverhältnisse wieder werden wie vor dem Kriege. Im übrigen macht Herr v. Dewitz das Entgegen-kommen gegen die Gewerkschaften davon abhängig, wie sie sich politisch stellen werden. Sollten sie bereit sein, „den Klassenkampf mit seiner Tendenz der Absonderung der Arbeiter von der bürgerlichen Gesellschaft“ aufzugeben und sich „von der Idee der Volkssouveränität im Staat“ loszu-sagen, „so wäre diese politische Haltung voraussichtlich nicht ohne Einfluß auf die Beachtung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Wünsche.“

„Demokratisierung des Verfassungslebens“ und „Volk-souveränität“ sind nämlich diesem freikonserватiven Führer „für den inneren Frieden... eine wirkliche Gefahr“, und alles, was dahin zielt, erklärt er rundweg für ausgeschlossen. Sicher habe das arbeitende Volk im Kriege Großes geleistet, aber „zwischen der Anerkennung von treuen und verständigen Gefährten und Gefährten und der Befähigung zu verantwortlicher Leitung liegt noch ein weiter Raum.“ Daß bei der Aufbringung der Mittel zur Verzinsung der Reichsanleihen auch wieder Steuern auf Konsumartikel wie Tabak und Bier gelegt werden müßten, glaubt Herr v. Dewitz schon jetzt hervorheben zu müssen. Von einem „Umlernen“ spürt man hier wirklich herzlich wenig.

## Ein Ultimatum an Griechenland.

Petersburg, 21. Juni. (W. L. W.)

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die Vertreter der Vierverbandsmächte werden am 22. Juni der griechischen Regierung ein Ultimatum überreichen, in dem sie folgende Forderungen aufstellen: 1. Demobilisierung. 2. Bildung eines Kabinetts, das eine wohlwollende Neutralität verbürgt und bereit ist, sich den Wünschen einer geschwäftig erwählten Kammer zu fügen. 3. Ersetzung der unter fremdem Einfluß handelnden Polizeibeamten durch Beamte, die im Vertrauen mit den Vierverbandsmächten ernannt werden.

Bern, 21. Juni. (W. L. W.) In einem Leitartikel gibt „Le Temps“ seiner Gerungtun Ausdruck, daß das griechische Kabinett sich, wie der Beginn der Demobilisierung zeige, endlich auf seine moralischen Verpflichtungen gegenüber der Entente besonnen habe. Das be-rechtigt zu dem Schlusse, daß nur die energische Methode sich für die Beziehungen zu den Ministern des Königs Konstantin eigne. Der Vierverband verfüge über Machtmittel, deren sich zu bedienen er allzulange gezögert habe.

In der Besprechung der Ziele, zu denen diese Mittel führen sollen, macht sich ein völliger Wechsel der Anschauungen bemerkbar. Während man früher immer die

Phrasen von dem Heil des griechischen Volkes und der Sicherstellung seiner Zukunft im Munde geführt hat, heißt es jetzt plötzlich im „Le Temps“: Um die Zukunft von Hellas dürfen wir uns nicht mehr kümmern. Diese wird so sein, wie sie das Land selber wollte. Unsere ganze Sorge muß der Sicherheit unserer Truppen in Saloniki und den Bedingungen für den allgemeinen Erfolg der Sache der Alliierten gelten. Alles andere ist Nebensache. Die Alliierten sind es müde, so herausgefordert zu werden. Die Regierung König Konstantins wird genötigt sein, ihre Haltung anders als durch Erklärungen dar-zulegen, deren Aufrichtigkeit ihre Handlungen beständig Lügen gestraft haben.

Bern, 22. Juni. (W. L. W.) Mailänder Blätter melden aus Athen, Skuludis habe der Kammer die Demission des Kabinetts mitgeteilt. Im Phaleron seien mehrere Kriegsschiffe der Alliierten eingetroffen.

London, 22. Juni. (W. L. W.) Der Athener Korrespondent der „Times“ meldet, daß der Beschluß des Kabinetts Skuludis, zu demissionieren, aus der Lage zu erklären sei, in die das Kabinett durch die Modade und das Still-schweigen der Alliierten gekommen war, woraus hervorging, daß die Repräsentanten gegen die augenblickliche Regierung gerichtet waren.

## Griechenland gibt nach.

Athen, 22. Juni. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Zaimis machte einen Besuch auf der französischen Gesandtschaft, wo die Gesandten der Ententemächte eine Konferenz abhielten und gab im Namen des Königs die Erklärung ab, daß Griechenland alle Forderungen der Entente annehme.

## Die sozialistische Parlamentsgruppe zur italienischen Regierungskrise.

Nach dem „Avanti“ ist die parlamentarische Gruppe der italie-nischen Sozialdemokratie einen Tag nach dem Fall des Kabinetts Salandra in Rom zu einer Beratung zusammengetreten, in der beschlossen wurde, folgendes Manifest an das Land zu richten:

„In Erwägung, daß die gegenwärtige Regierungskrise die trau-rige Frucht prinzipieller Irrtümer sowie einer fehlerhaften Me-thode ist, durch die das Ministerium den Krieg veranlaßt, vorbe-reitet und geführt hat, welche Irrtümer von der sozialistischen Par-teigruppe schon seit langer Zeit aufgedeckt, von den andern Gruppen jedoch erst erkannt wurden, als es ihnen im Verlauf der kriege-rischen Ereignisse zweckmäßig erschien, sich offen von der Regierung zu trennen;

in Erwägung, daß zu den bestimmten Gründen dieser hoch-bedeutenden Krise auch die vom Kabinett Salandra befolgte in-nere Politik gehört, der Mißbrauch der dem Kabinett zur äußersten Verteidigung der Landesgegenen versehenen außerordent-lichen Vollmachten zu niedrigen parteipolitischen Zwecken, die Ver-folgungen, die das Kabinett wie zum Hohn auf die ständig ange-worfene und geforderte Eintracht gegen solche Parteien richtete, die entweder Gegner des Krieges sind oder die, wie die Sozialdemo-kraten, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ihrer Idee festhaltend, die Verantwortlichkeit aller Parteien für die gesamte Politik zum Ausdruck brachten, was die so zweischneidige Waffe der Zensur völlig von ihrem eigentlichen Ziel: den Aufgaben der militärischen und diplomatischen Politik abzulenkte und sie auf die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung jeglicher Art auf der Politik des Kabinetts, sowie ihrer Entlassung und zur Reichsstaatsregierung und jeder Beschwerde gegen die Absichten der Regierung hin richtete;

in Erwägung, daß viele Anzeichen, wie unter anderem die Sprache gewisser Zeitungen, die künstliche Injuzierung von Dem-onstrationen, wiederholte Gewalttätigkeiten gegen einzelne Per-sonen, die Absicht erkennen lassen, die Krise durch Erneuerung einer noch nicht in Vergessenheit geratenen Kampagne von Schmä-hungen gegen das Parlament, sowie die der Gegnerschaft gegen das Kabinett verdächtigter Parlamentarier begleiten und be-influssen zu lassen, und zwar zum Zweck der Vorbereitung einer für die Nation unheilvollen und gegen die Idee der Wahlvertretung verstoßenden Rekonstruktion des Ministeriums;

bestätigt die sozialistische Parlamentsgruppe alle prinzipiellen und tatsächlichen Grundsätze, die sie bisher ständig zum Ausdruck gebracht und in ihrer eigenen Aktion geltend gemacht hat und auch weiter geltend machen wird und

betont, daß das Votum der Kammer, das das Ministerium in eine so entscheidende Rinderheit gebracht hat, völlig vergeblich ge-wesen wäre, wenn nicht auf dieses Votum die Bildung einer neuen und wesentlich anderen Regierung erfolgen würde, die

a) sich in ihrer äußeren und militärischen Politik mit klarer Besonnenheit und Erkenntnis der realen Tatsachen erfüllen und in der Interpretation der Bündnisse zum mindesten die Interessen und Forderungen des Landes gegen die Vorherrschaft imperiali-stischer Ziele und Tendenzen zu wahren wissen würde, Forderungen, die darauf hinzielen, einen billigen, gerechten euro-päischen Frieden von langer Dauer herzustellen, wie er nimmehr von allen Völkern gebieterisch ersehnt und erwartet wird;

b) die in ihrer inneren Politik die parlamentarische Kontrolle gewähre, die freie Meinungsäußerung für alle geistigen Strömungen garantiere, sei es nun auf dem Ge-biete der Gegenwartsprobleme oder der nicht weniger komplizierten und schwierigen Zukunftsfragen, im Interesse der großen Er-neuerungsaktion, die nach dem Kriege ins Auge faßt.

Die sozialistische Parlamentsgruppe beschließt, dem Volke die Gründe zur Kenntnis zu bringen, warum die Partei heute nachsicht auf ihrem Posten verharret und bei jeder Gelegenheit gewärtig ist, alle dunkeln Umtriebe und jede verbrecherische Agitation zurückzu-

weisen, die gegen das eigene Interesse zu handeln drohen, das durch die Ereignisse in der Kammer unwiderrücklich verurteilt ist."

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 22. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. Südlich der Somme verläuft eine deutsche Abteilung sich den französischen Linien vor Maucourt zu nähern. Sie wurde durch Gewehrfeuer zerstreut. Nordöstlich von Neims brachten die Deutschen zwei Minen zur Explosion und riefen dann die Schützengräben auf der Höhe 108 südlich von Verth-au-Vac an. Sie wurden durch Sperrfeuer zum Halten gebracht und erlitten eine vollkommene Schlappe. Auf beiden Ufern der Maas entwickelten die beiderseitigen Artillerien im Laufe der Nacht eine ziemlich große Tätigkeit.

Paris, 22. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch abend. Auf dem linken Ufer der Maas wurde ein deutscher Angriff gegen die neuen von uns am 18. Juni auf den Südbahnen des "Toten Mannes" eroberten Schützengräben durch unler Feuer vollständig zum Stehen gebracht. Auf dem rechten Ufer griffen die Deutschen nach heftiger Beschließung mit schweren Granaten, die den ganzen Tag über auf die Gegend der Höhe 820, den Chapitres und den Jumin-Bald sowie Chenois andauerte, unsere Stellungen westlich und südlich von Vaug an. Unser Sperrfeuer und Maschinengewehrfeuer brach zweimal die Stürme des Feindes, der starke Verluste erlitt. An der übrigen Front Geschützfeuer mit Unterbrechung. An verschiedenen Punkten der belgischen Front Artilleriekämpfe, besonders in der Gegend nördlich von Dignauten. Bei Steenstraete Handgranatenkampf.

Flugwesen: In der Nacht vom 20. zum 21. warfen unsere Kampfgeschwader 210 Granaten auf den Bahnhof von Arnabille und 276 Granaten auf militärische Anlagen und den Bahnhof von Metz, z. h. insgesamt 486 Geschosse.

### Die englische Meldung.

London, 22. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch. Der Tag war außerordentlich ruhig, abgesehen von zeitweiliger Artillerie- und Minentätigkeit.

### Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 22. Juni. Amtlicher Bericht vom 20. Juni Westfront: Die heftigen Kämpfe nördlich Hadomicze am Strz dauern an. Das Dorf Gruziatyn wechselte mehrmals den Besitzer. Western gegen Nachmittag drangen unsere Truppen in das Dorf ein, machten dabei elf Offiziere vierhundert Mann zu Gefangenen und erbeuteten sechs Maschinengewehre. Das heftige Feuer der Deutschen zwang uns jedoch dieses Dorf wieder aufzugeben. Mit erbitterter Heftigkeit kämpften die Deutschen in der Umgegend des Dorfes Woronezhn, (acht Kilometer) nordöstlich Kifelin. Unter dem Schutze ihrer schweren und leichten Artillerie griffen sie zu wiederholten Malen an. Am 20. Juni machten unsere jungen Regimenter gegen Abend einen heftigen Angriff und zwangen die Deutschen zum Rückzug. Wir nahmen ihnen neun Maschinengewehre weg und machten Gefangene die verschiedenen Regimentern angehörten. In der Nacht zum 21. Juni um drei Uhr griff uns der Feind mit starken Kräften in der Gegend des Dorfes Rajmisko am Stochod (23 Kilometer) nordöstlich Woronezhn an. Es kam zum Handgemenge. Die Deutschen hielten nicht Stand, sondern gingen fluchtartig zurück; sie ließen die Verwundeten in unseren Händen zurück und lösten Gefangene ein, deren genaue Zahl noch festgestellt werden wird. Heftige Kämpfe entwickelten sich in der Gegend von Kifelin und weiter südlich. Auf dem äußersten linken Flügel übergriffen unsere Truppen bei der Verfolgung des Feindes den Seret. Die Gesamtzahl an Gefangenen und Kriegsbeute, die von den Armeen des Generals Brussilow in der Zeit vom 4. Juni bis 17. Juni eingebracht wurde, beträgt 3500 Offiziere, 109 184 Soldaten, 109 Geschütze, 550 Maschinengewehre, 180 Bomben- und Minenwerfer, 119 Artillerie-Munitionswagen, 85 Scheinwerfer und zahlreiches Kriegsmaterial. Die Summe an Gefangenen und Kriegstropfen wird durch die Gefechte vom 17. Juni bis 21. Juni noch erhöht.

Danaufront: Die deutsche Artillerie beschießt mit großer Heftigkeit die Gegend am Brückenkopf Uezuel und die Stellungen im Abschnitt nördlich Jakobstadt. In der Nacht zum 20. Juni griffen die Deutschen nach heftiger Beschließung unsere Stellungen südlich Smorgon an. Es gelang dem Feind in einen Abschnitt in unsere Gräben einzudringen. Durch unser Artilleriefeuer und einen Gegenangriff wurde er hinausgeworfen; er mußte in seine Ausgangsgräben zurückgehen. An anderen Stellen dieser Gegend scheiterten alle Angriffsversuche des Feindes. Er wurde zum Teil durch Infanteriefeuer, zum Teil mit dem Bajonett abgewiesen. Feindliche Flieger warfen ungefähr vierzig Bomben auf den Bahnhof Wilska. Am Ljanski-Kanal einige Infanteriegefechte und gegenwärtiges heftiges Artilleriefeuer.

Kaukasus: In der Richtung nach Diarbek beschossen unsere Patrouillen eine starke feindliche Abteilung bei der Ablösung ihrer Vorposten. Auf Mosul zu in der Gegend von Rewanduz hatten unsere trischen aus Georgien bestehenden Truppen ein glückliches Gefecht mit einer Kurdenbande, die mit Verlust einer großen Anzahl von Toten floh. In der Richtung auf Bagdad machten unsere Soldaten in der Gegend von Kala Schalbin (25 Kilometer südöstlich Kahr Schirin) einen Überfall auf die Türken und warfen sie zurück.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 21. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Zwischen Etich und Afiach Artilleriekämpfe. Im oberen Teile des Postinales demüchtigten sich Alpinabteilungen während eines Unwetters einer starken Stellung südwestlich des Monte Pruche. Man meldet Infanterieaufstellungen mit für uns günstigem Ausgange auf den westlichen Abhängen des Monte Gengis und südwestlich von Schlegan. In der Nacht zum 20. Juni verlor der Feind dreimal hintereinander überraschend unsere Stellungen am Monte Magnaboschi anzugreifen, wurde jedesmal zurückgeschlagen und erlitt schwere Verluste. Nördlich des Frenzelatales setzten unsere Truppen ihr mühseliges Vordringen durch das schwierige Gelände fort. Sie wurden mit Zähigkeit des erbitterten Widerstandes des Feindes Herr und schlugen häufige Gegenangriffe zurück. Auf dem übrigen Teile der Front hat sich kein bedeutendes Ereignis zugetragen. Feindliche Flieger warfen Bomben auf unsere rückwärtigen Verbindungen. Einige Personen wurden verwundet, aber wenig Schaden angerichtet. Unsere aus Caproniflugzeugen und Savoia-Torpedoflugzeugen bestehenden Geschwader bombardierten in einer Gesamtschwärme von 34 Flugzeugen den Flugzeugpark von Perlen im oberen Eusanertal. Obwohl sie von zahlreichen Geschützen unter Feuer genommen und von Kampfgeschwadern angegriffen wurden, sind sie unversehrt heimgekehrt, nachdem sie drei feindliche Flugzeuge in glänzenden Luftgefechten zum Absturz gebracht hatten.

### Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 21. Juni. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Front im Abschnitt von Fellahe

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Juni 1916. (W. Z. V.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Eine schwache englische Abteilung wurde bei Frestinghien (nordöstlich von Armentières) abgewiesen. Eine deutsche Patrouille brachte westlich von La Bassée aus der englischen Stellung einige Gefangene zurück.

Westlich der Maas entspannen sich Infanteriekämpfe, in denen wir westlich der Feste Vaug Vor- teile errangen.

Durch Abwehrfeuer wurde südlich des Pfefferrückens und bei Duff je ein französisches Flugzeug heruntergeholt, die Insassen des letzteren sind gefangen genommen.

Unsere Fliegergeschwader haben gestern früh mit Truppen besetzte Orte im Maastal südlich von Verdun, heute früh die Bahnanlagen und Truppenlager von Revigny angegriffen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front hat sich abge- sehen von erfolgreichen deutschen Patrouillenunternehmungen nichts ereignet. — Auf die Eisenbahnbrücke über den Pripiet südlich von Luniice wurden Bomben geworfen.

Seeresgruppe des Generals von Lin- singen. Russische Vorstöße gegen die Kanalstellung südwestlich Bogischn scheiterten ebenso, wie wiederholte An- griffe westlich von Kolkli.

Zwischen Sokal und Liniewka sind die russischen Stellungen von unseren Truppen genommen und gegen starke Gegenangriffe behauptet. Fortgesetzte Anstrengungen des Feindes, uns die Erfolge nordwestlich von Luch freitrag zu machen, blieben ergebnislos. Weiderseits der Turja und weiter südlich über die allgemeine Linie Swiniuchi—Gorochow wurden die Russen weiter zurück- gedrückt.

Bei der Armee des Generals Grafen von Potkmer wurden diesmal starke Angriffe des Gegners aus der Linie Hajworonka—Bobulince (nördlich von Przewleka) unter schweren Verlusten für den Feind ab- geschlagen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Oberste Seeresleitung.

### Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 22. Juni. (W. Z. V.) Amtlich wird ver- lautbart:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Gestern wurden bei Gurahumora russische Angriffe abgewiesen. Somit südlich des Dnjestr keine besonderen Ereignisse. Westlich von Wisniowczyn griff der Feind neuerlich mit starken Kräften an. Seine Sturmkolonnen brachen zum Teil im Artilleriepers- feuer, zum Teil im Kampf mit deutscher und österreichisch- ungarischer Infanterie zusammen. Er erlitt schweren Verlust. Bei Buretanow schlugen unsere Truppen russische Nachtangriffe ab. Die in Wolhynien kämpfenden verbündeten Streitkräfte machten nördlich von Gorochow, östlich der Linie Lokacz—Kifelin und bei Sokal weitere Fortschritte. Sowohl auf diesen Befechts- feldern als bei Kolkli scheiterten alle mit größter Hartnäckigkeit wiederholten Gegenangriffe der Russen.

### Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Ossefer, Feldmarschalleutnant.

keine Veränderung. Am Euphrat unternahmen wir einen überraschenden Angriff gegen einen englischen Vorposten, lösteten neun englische Soldaten und nahmen ihre Gewehre. Im Abschnitt der Ortschaften Serpol und Gehad, östlich von Kahr Schirin sowie östlich und nördlich von Banah, bedrängen unsere Truppen, von Freiwilligen unterstützt, die Russen andauernd.

Kaukasusfront. Auf dem rechten Flügel keine merkliche Veränderung. Im Zentrum heftiger Gewehrkampf. Auf dem linken Flügel Schwarmkämpfe zwischen Erkundungs- abteilungen. Ein überraschender Angriff, den schwache feind- liche Kräfte gegen zwei Punkte unserer vorgeschobenen Stellungen unternahmen, wurde leicht abgewiesen.

Am 18. Juni nach Mitternacht überflogen zwei unserer Flieger die Inseln Imbros und Tenedos und warfen mit Erfolg Bomben auf Fliegerschuppen, die sich dort befanden, und zwei Torpedoboote. Ein Torpedoboot, das eine Bombe auf Deck traf, wurde von dem anderen nach der Insel Tenedos geschleppt. An zwei Stellen der Fliegerschuppen brach ein Brand aus.

Von den feindlichen Flugzeugen, die am 18. Juni El Arisch angriffen, wurden drei abgeschossen. Ein Flieger wurde gefangen genommen. Das erste Flugzeug fiel ins Meer und ging sofort unter. Das zweite Flugzeug fiel auf die Heede von El Arisch; sein Beobachter und sein Führer wurden durch ein anderes Flugzeug gerettet. Das dritte Flugzeug verbrannte mit seinem Beobachter, während wir den Führer gefangen nahmen. Ein englisches Kriegsschiff drang in die Bucht von Scheit Hamidie an der Küste von Medina und bombardierte das Mausoleum von Scheit Hamidie.

### Vom U-Bootkrieg.

London, 22. Juni. (W. Z. V.) Der Kapitän und die Mann- schaft des holländischen Dampfers „Ois Larde“ ist in Portsmouth gelandet. Das Hinterstück wurde durch eine Explosion weggerissen. Die Mannschaft ging darauf in Boote, die von einem Passagier- dampfer aufgenommen wurden.

Gorton (Suffolk), 22. Juni. (W. Z. V.) Ein Leichter ist einige Meilen von Great Yarmouth entfernt durch eine Mine oder durch einen Torpedo zum Sinken gebracht worden. Fünf Mann der Besatzung sind umgekommen, die übrigen schwer verwundet gelandet.

Bern, 22. Juni. (W. Z. V.) Die „Petit Journal“ aus Pecaamp meldet, ist der Dreimaster „France et Russie“ (320 Bruttoregistertonnen) im Mittelmeer durch ein Unterseeboot berenkt worden. Die Besatzung ist gerettet.

## Die Kriegsentwicklung

bis zum 18. Juni.

Von Richard Gädle.

Die Kriegslage steht noch immer unter dem Eindruck der gewaltigen russischen Offensiv im Südosten. Man muß es bei der feindlichen Heeresleitung lassen, daß sie diesmal mit großer Umsicht und Kraft alle Vorbereitungen monatelang getroffen und tatsächlich große Massen zusammengebracht hatte, um einen Umschwung der Dinge herbeizuführen. Auch den Zeitpunkt ihres Vorgehens hatten die Russen diesmal sorgfältig gewählt: die deutschen Heere waren in dem Riesenkampf zu beiden Seiten der Maas beschäftigt, die unserer Verbündeten mit dem Angriff auf Italien, und selbst nördlich Saloniki schienen die Russen in Fluß zu kommen. Soweit es von ihren Maßnahmen abhing, hatte die russische Heeresleitung alles getan, um sich einen Erfolg zu sichern und sie scheint bestimmt auf ihn gerechnet zu haben. Auch in der Ausführung verfuhr sie diesmal nach gefundenen Grundsätzen, indem sie die ganze Front unserer Verbündeten gleichzeitig — oder doch fast gleichzeitig — mit starker Entschlossenheit angriff. Ihre Zahlenüberlegenheit bot ihr die Mittel dazu, wobei sie dann — wie wir gesehen haben — zwei immer noch ausgedehnte Gebiete zu Hauptdruckpunkten ihres Angriffs wählte: die nordöstliche Bulowina zwischen Pruth und Dnjestr mit einer Front von 45 Kilometer Breite und die annähernd gleichlange Linie in Wolhynien, die ungefähr durch die Orte Blynow und Orla bezeichnet wird. Schon aus diesen Zahlenangaben für die beiden Hauptangriffe — die gesamte Front war etwa 4/5 mal so groß — dürfen wir schließen, mit welchen Massen der Gegner diesmal operiert hat.

Gegen die Wahl seiner Hauptangriffspunkte wird sich vom Standpunkte der Kriegskunst aus, wenn man alle Umstände berücksichtig, nichts einwenden lassen. Für die Wahl der Bulowinafront scheint außer zutreffenden strategischen Erwägungen noch ein politischer Gesichtspunkt mitgespielt zu haben, die Hoffnung, Rumänien doch noch mit sich fortzureißen. Die Verletzung rumänischer Bodens vom 10. bis 12. Juni bei Marmoriza war aller Wahrscheinlichkeit nach kein zufälliges Versehen eines untergeordneten Offiziers, da drei und nach anderen Meldungen sogar fünf Regimenter den Versuch machten, die österreichische Stellung östlich Czernowitj dort südlich des Pruth zu umgeben.

Daß schließlich die russische Operationsanlage dennoch einige Fehlerquellen aufwies, war kaum ihre eigene Schuld, sondern durch Umstände hervorgerufen, die der Führer nicht beherrschen konnte. Darüber wird später einmal zu reden sein. Das eine wird man jetzt schon sagen dürfen, daß schließlich alle Einsicht der obersten Leitung den Grundfehler russischer Taktik nicht beseitigen konnte: die rücksichtslose Vergeubung des Menschenlebens. Das liegt in der Beschaffenheit dieses Materials selbst begründet. Natürlich aber wird dadurch die Angriffskraft der Truppe früher erschöpft als bei einem lothbaren und mehr geordneten Menschenmaterial.

Ich habe in der vergangenen Berichtswocde darauf hingewiesen, daß diesmal die Offiziere sich von der polizeilichen Aufhängung ihrer Pflichten hinter der särmenden Linie mehr als bisher freimachten und die Truppen vielmehr durch ihr Beispiel mit sich fortzureißen suchten. Natürlich mehrten sich dadurch ihre eigenen Verluste, die in Russland schwerer als anderswo zu erlesen sind. Ganz aber mochte man die Polizei doch nicht entbehren; so war es diesmal die Artillerie, die diese Aufgabe übernehmen mußte. Sie hatte Befehl, rücksichtslos in zurückkehrende Sturmtruppen hineinzuschleusen und hat — schrecklich genug — nach den vorliegenden Nachrichten diesen Befehl verabschiedene Male ausgeführt, ohne anderen Erfolg als den, die Verluste zu vermehren. Denn eine fliehende Truppe flieht eben kraft eines dunklen Instinkts, der sie zum Fliehen zwingt — oder sie ergibt sich!

Immerhin muß man zugeben, daß die russische Offensive Erfolge gehabt hat, auch noch während der letzten Berichtswocde. Die ersten Tage bis einschließlich des 6. Juni stellen naturgemäß die Höhepunkte ihres Vordrängens dar; er schuf, wie es scheint, zeitweise eine ernste Lage für die Heere unserer Verbündeten, die — nach Behauptungen italienischer und neutraler Berichterstatter — durch Abgabe für die italienische Offensive geschwächt worden waren. Diese Blätter bezeichnen verschiedene Armeekorps mit ihren Nummern und ihrem Erfolge, die angeblich im Mai vom Osten nach dem Westen überführt worden wären — Angaben, die wir nicht nachprüfen können.

Es gelang den Russen, die österreichische Kraftgruppe in der Bulowina zurückzudrängen, in Ostgalizien teilweise das östliche Ufer der Strypa zu säubern und einzelne Uebergangspunkte zu gewinnen, in Wolhynien bis an den Strz zu gelangen und die Stadt Luch zu besetzen. Auf ihrem äußersten rechten Flügel aber mißlang alle Angriffe gegen den unteren Strz von westlich Kolkli bis Gzartowitj und Kagalowka. Der Zusammenhang der Gruppe Linsingen mit den deutsch-österreichischen Streitkräften nördlich der Pripietkämpfe blieb gewahrt.

Dann trat eine mehrwöchige Operationspause oder doch eine Zeit verhältnismäßigen Stillstandes ein. Aber um die Zeit des 12. Juni herum erhielt die russische Offensive einen neuen starken Stoß nach vorwärts.

Zunächst griffen die Streitkräfte nördlich der Pripietkämpfe mit großem Ansehung gegen Boranowitsch an, anscheinend in der Absicht, den Abtransport deutscher Streitkräfte nach Süden zu verhindern, zugleich aber die Benutzung der großen Querbahn durch das Sumpfland des Pripiet „Raschowskische-Luniice-Sornn“ für die eigenen Truppen zu sichern. Der Ansturm wurde am 12. und 13. Juni unter blutigen Verlusten abgewiesen. Inwieweit die strategischen Absichten der Russen durch ihn gefördert wurden, läßt sich nicht übersehen. Aber der deutsche Bericht kann den Erfolg vermelden, daß russische Truppenzüge hinter der Front durch Fliegerbomben zum Stehen gebracht wurden. Dagegen drängen sie in Wolhynien über den Strz kräftig weiter vor, ihre Weitererlangung schon am 12. bis Torczyn, 23 Kilometer westlich Luch; bis zum 15. Juni gelang es ihnen, unter lebhaften Kämpfen mit den österreichischen Nachhut in den oberen Stochod-Abschnitt zu erreichen, die Orte Babie, Woronczyn, Jaturcy zu besetzen und südwestlich Luch den Abschnitt des Lipaschischens zu gewinnen. Von ihren Ausgangsstellungen westlich der Stubie hatten sie an jenem Tage einen äußersten Raumgewinn von 75 Kilometern zu verzeichnen. Die südlich unmittelbar anschließenden Truppen unserer Verbündeten mußten natürlich dieser Bewegung folgen, um den Zusammenhang nicht zu verlieren, dagegen behaupten sie ihre Stellungen gegen alle Angriffe der Russen bei Lopuszno, Nowo Alexinice, nordwestlich Tarnopol. Von hier an wieder drängten die Gegner über die mittlere und untere Strypa hinüber und griffen die Höhenstellungen westlich des Flusses mit großer Rähigkeit immer und immer wieder an. Ein größerer Erfolg gelang ihnen dann noch gegen den rechten österreichisch-ungarischen Flügel, wo sie bereits am 12. Juni Porodenka südlich des Dnjestr erreichten, während ihre Angriffe bei Bojan und nördlich Czernowitj zunächst noch scheiterten. Immerhin begannen unsere Verbündeten vom 15. Juni an mit der Räumung der Hauptstadt der Bulowina, die dauernd gegen den überlegenen Gegner nicht zu behaupten war.

Vom 16. Juni an kündigte sich nun aber ein Umschwung der Kriegslage im Südosten an; deutsche Truppen griffen nordwestlich Luch am Stochod und am Strz-Abschnitt ein; der Angriff ging hier wieder in breiter Front auf die Heere der Mittelmächte über, wenn sich die Russen auch noch lebhaft sträubten, die Vorhand wieder an sie abzutreten.

Schon am 16. Juni meldet unser Hauptquartier die Entwicklung neuer Kämpfe am Stochod-Strz-Abschnitt, am folgenden Tage schreiten sie für die Deutschen erfolgreich vor, deren Schlachtlinie sich von der oberen Turja bis zur Straße Luch-Kowl entwickelt hat, ihnen schließen sich die österreichisch-ungarischen Kraftgruppen südlich der Turja in erneuerten Angriffen an. Am 17. Juni kann bereits eine Beute von insgesamt 8500 Gefangenen, ein Geschütz, 26 Maschinengewehre gemeldet werden, am 18. Juni werden die erbitterten Kämpfe erfolgreich fortgesetzt und von unseren Verbündeten wird ein russischer Gegenstoß auf Gorochow siegreich abgewiesen. In der Mitte machen die russischen Angriffe keine Fortschritte mehr; nur auf dem äußersten rechten Flügel der Verbündeten gelingt ihnen am 17. Juni noch die Befreiung von Czern-

nowitz, über das sie am folgenden Tage nicht wesentlich hinausgelangen. Angesichts des Umschwungs auf unserer linken Flanke wird man diesen Verlust einen über den moralischen Eindruck hinausgehenden Wert nicht beimessen dürfen.

Die große Schlacht geht also mit ungeschwächten Kräften weiter, sie ist noch nicht entschieden, aber sie bietet für die See der verbündeten Mächte günstige Aussichten.

Interessant ist, daß unsere Gegner sich in der letzten Zeit in wiederholten, dunklen Andeutungen ergehen, daß nun bald sämtliche Kriegsschauplätze in Flammen stehen würden. In den letzten beiden Tagen, am 17. und 18. Juni, hat an der englischen Front von der belgischen Grenze bis zur Somme eine lebhafteste Geschäftstätigkeit geherrscht. Cadorna seinerseits meldet ausdrücklich, daß bis zum 17. Juni kein österreichischer Soldat von der Tiroler Front fortgezogen worden sei. Die italienischen Gegenangriffe vom 6. bis 17. Juni haben keinen merkbaren Erfolg gehabt, am 18. hingegen haben unsere Verbündeten in der Gegend von Astago wieder einen kleinen Schritt vorwärts gemacht. In Asien hin- und herwogende Kämpfe ohne große Bedeutung; bemerkenswert ist nur, daß eine stärkere englische Truppe Kirmann in Südpersien besetzt hat — wohl mehr gegen ihre teuren Verbündeten, die Russen, als gegen die Perser! (2)

### Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 22. Juni. (W. Z. V.) Amtliche Meldung. Smuts berichtet: Generalmajor Döblins Besetzung am 19. Juni. Der Feind legt seinen Rückzug auf die Zentralfisenbahn fort, nachdem er bei einem Nachkämpfe Verluste hatte. Von Kondo-Brang sind keine neuen Nachrichten eingetroffen. Auf dem südlichen Kriegsschauplatz besetzte eine Abteilung der Truppen des Generals Korthöhe am 18. Juni Alt-Langenburg nahe der Spitze des Khasa-Sees. Während der folgenden Nacht verlor der Feind einen Gegenangriff, wurde aber abgeschlagen und zog sich in nordöstlicher Richtung zurück. Auf dem nordwestlichen Kriegsschauplatz haben sich die belgischen Truppen auf der Linie zwischen dem Tanganjika-See und der Südwestspitze des Viktoria-Sees verteilt.

### Kommentare zur Pariser Wirtschaftskonferenz.

„Globe“ sagt zu der Pariser Wirtschaftskonferenz: Die Mittelmächte bereiten sich bereits auf einen großen wirtschaftlichen Vorstoß vor, der beginnen soll, sobald der Krieg darüber ist. „Westminster Gazette“ schreibt: Deutschland beabsichtigt, einen Zollverein zu bilden von der Nordsee bis zum Persischen Golf. Diesem mitteleuropäischen Plane muß ein Plan der europäischen Randländer gegenübergestellt werden, der sich ungefähr in derselben Richtung bewegen muß. Die Verbündeten müssen ebenso wie ihre Gegner die Schranken, die zwischen ihnen bestehen, niederzureißen versuchen und dafür sorgen, daß der Handel an der Peripherie Europas sich ebenso frei bewege, wie in Mitteleuropa; wenn sie sich voneinander durch ein Netzwerk von Schutzzöllen absondern, so werden sie nicht in der Lage sein, ebensoviel Wohlstand zu erzeugen, wie ihre Gegner, und in die Gefahr der Auflösung und Verwirrung geraten, die für diejenigen, die auf den äußeren Linien kämpfen oder Handel treiben, besonders groß ist.

„Daily Mail“ und „Morning Post“ äußern ihre Befriedigung über die Beschlüsse der Pariser Konferenz. Aus den liberalen Blättern hingegen spricht Besorgnis wegen der Pläne der Konferenz für die Zeit nach dem Kriege. „Daily Chronicle“ tröstet sich damit, daß diese Pläne sehr unbestimmt seien. „Daily News“ sprechen die Hoffnung aus, daß mit der Durchführung der Konferenzbeschlüsse nicht gezögert werde, daß man aber andererseits auch nicht übereilt vorgehen werde. Das Blatt lobt die Beschlüsse, da sie zu einer wissenschaftlichen Untersuchung der wirtschaftlichen Fragen führen und zum Kern der Sache durchdrängen. Es wendet sich gegen die Absicht, eine Tarifreform einzuführen, die für England von ungeliebten Folgen begleitet sein würde. Auch „Daily Chronicle“ schreibt, daß beratige Maßnahmen einige Länder der Entente schwerer treffen würden, als andere, daß aber Belgien darunter am meisten leiden würde.

„Evening Standard“ schreibt: Wir wollen Deutschland in Zukunft die Politik friedlicher Durchbringung unmöglich machen. Wir wollen Rußland und Italien helfen, sich von deutschen Finanzleuten und Konzessionären frei zu machen.

Das Amsterdamer Blatt „Nieuws van den Dag“ nennt die Beschlüsse der Pariser Konferenz eine wirtschaftliche Wahrheitsfindung, durch die eine chinesische Mauer zwischen gebildeten Völkern aufgerichtet werden soll. Sowohl für Belgien als auch für andere Länder der Entente, wie zum Beispiel Rußland, würde es von größtem Schaden sein, sich wirtschaftlich von Deutschland abzuschließen. Ein wirtschaftlicher Krieg nach dem jetzigen Weltkriege würde den Selbstmord Europas bedeuten.

### Ernte-Arbeitszwang in Ungarn.

Budapest, 22. Juni. (W. Z. V.) Die Regierung ordnet an, daß zur Einbringung der Ernte auf Grund der Ausrufungsbeschlüsse die Verwaltungsbehörden die Arbeitskraft aller Personen, auch die der Frauen, Knaben und Mädchen, gegen eine festgesetzte Entlohnung in Anspruch nehmen können. Der Ackerbauminister hat ferner mit Rücksicht auf die Erntearbeiten mehrere tausend Arbeiter aus Rußland-Polen in Lohn genommen.

### Die Geheimhaltung der französischen Kammer.

Paris, 22. Juni. (W. Z. V.) Gestern vormittag haben vor der sechsten Geheimhaltung Sonderberatungen der einzelnen Parteien der Kammer stattgefunden, um zu der etwaigen Tagesordnung Stellung zu nehmen. Wie „Petit Journal“ meldet, haben die radikale und die radikalsozialistische Partei beschlossen, für eine Vertrauensstagesordnung für die Regierung zu stimmen.

### Die Angst vor Kienthal.

Bevor das Geheimkomitee der französischen Kammer zusammentrat, sind außerordentlich scharfe Bestimmungen über die Abschichtung der Sitzungen von der Außenwelt beschlossen worden. Das Geheimnis soll absolut gewahrt bleiben. Es scheint jedoch, daß die Abspernungsmassregeln einigen Abgeordneten noch nicht genügen, nur so läßt sich der Dringlichkeitsantrag des Herrn Publici-Conti, Abgeordneten des Seinedepartements, erklären, den der „Populaire du Centre“ unter der Stichmarke „Ein Verweis mehr für die Unenlichkeit der menschlichen Dummheit“ veröffentlicht. Der Antrag lautete:

„Jedes Mitglied der Deputiertenkammer, das seit Beginn der Feindseligkeiten mit Angehörigen einer im Kriege mit Frankreich befindlichen Nation konferiert hat, soll dem geheimen Komitee erst beimögen dürfen, nachdem es vor dem Bureau der Kammer durch die Direktion bestätigt worden ist, bis zum Ende des Krieges auf alle direkten und indirekten Beziehungen mit dem Feinde zu verzichten.“

In der Begründung des Antrags führte Herr Publici-Conti aus, es scheine ihm, daß die Kammer eine ungeheure Verantwortung übernommen habe, als sie dem Geheimkomitee zustimmte, zu dem auch Abgeordnete Zutritt hätten, die ein neutrales Land auf-

gesucht hätten, um dort mit Feinden zu verhandeln, so in Rom und in Kienthal. — „Populaire du Centre“ meint dazu, daß man vor einer solchen fasslosen Dummheit ganz verwirrt stehe, das einzige, was man tun könne, sei ein Kapseljuden als Ausdruck des Mitleids. Dieses Mitleid verlor sich noch, wenn man bedenke, daß der Antragsteller seine Aufopferung für das Vaterland nur soweit hätte bringen können, daß er in einem Bekleidungs Magazin Hosenknöpfe gäbe.

„Armes Frankreich,“ schließt das Blatt, „das sind die Vertreter beines Volkes! Glücklicherweise hat dieses selbst einen viel höheren Opfergeist, Mut und eine größere Entschlossenheit.“ (2)

### Was wir für die Kriegskosten haben könnten?

Einhundert Milliarden Mark Ausgaben hat der Weltkrieg in den am Kriege beteiligten Staaten ausgenommen schon verschlungen, lange ehe die letzten Bewilligungen erfolgten. 100 Milliarden sind 100 000 Millionen. Was hätte mit dieser lächerlichen Summe, die ausgegeben wurde, um Kulturmenschen und Kulturgüter zu zerstören, nicht an Gutem und Schönem, die Menschheit förderndem geschaffen werden können. Eine schweizerische Zeitung verläßt die Bedeutung dieser Summe, ausgegeben für Kulturzwecke, durch folgende Zusammenstellung zu veranschaulichen. Es hätten geleistet werden können:

	Zu je M.	M.
12 000 Schulkäuser . . . . .	1 000 000	12 000 000 000
500 Waisenanstalten . . . . .	1 800 000	750 000 000
1 000 Spitäler . . . . .	800 000	800 000 000
2 000 höhere Schulen . . . . .	1 200 000	2 400 000 000
50 Universitäten . . . . .	5 000 000	250 000 000
8 000 öffentliche Bibliotheken . . . . .	800 000	18 000 000 000
200 Museen . . . . .	3 000 000	600 000 000
3 000 000 Alterspensionen . . . . .	1 000	3 000 000 000
500 Armenhäuser . . . . .	300 000	150 000 000
500 Logierhäuser für Obdachlose . . . . .	800 000	40 000 000
1 000 Sanatorien . . . . .	8 000 000	8 000 000 000
2 000 Volksschulen . . . . .	50 000	100 000 000
500 Wäse . . . . .	1 500 000	750 000 000
5 000 alkoholfreie Restaurants . . . . .	100 000	500 000 000
2 000 öffentliche Parkanlagen . . . . .	800 000	1 600 000 000
80 000 Wohnhäuser mit je sechs Zimmern, Bad und Hausgarten . . . . .	14 000	1 120 000 000
1 500 Bade- und Waisenanstalten . . . . .	500 000	750 000 000
800 Gartenstädte mit je 1000 Häusern . . . . .	80 000	24 000 000 000
1 000 000 Gartenplätze für Familien . . . . .	800	800 000 000
2 000 Theater . . . . .	4 000 000	8 000 000 000
5 000 Markthallen . . . . .	1 000 000	5 000 000 000
1 000 Kinderheime . . . . .	500 000	500 000 000
5 000 Gewerkschaften . . . . .	4 000 000	20 000 000 000
5 000 Näh- und Kochschulen . . . . .	1 000 000	5 000 000 000
8 000 Vereinshäuser . . . . .	1 000 000	8 000 000 000
10 000 Sportplätze . . . . .	25 000	250 000 000
500 000 landwirtschaftliche Maschinen . . . . .	680	340 000 000
1 000 000 Stück Großvieh . . . . .	500	500 000 000
300 000 Bauernhöfe . . . . .	10 000	3 000 000 000
		Total M. 1 000 000 000

Inzwischen hat der Kulturzerstörer Krieg nun 100 Milliarden verschlungen und noch ist kein Ende sichtbar. (2)

### Eine Erklärung des Genossen Modigliani.

Im „Avanti“ vom 10. Juni veröffentlicht Genosse Modigliani eine Erklärung zu einer Rede, die er am 9. Juni in der historischen Sitzung der italienischen Kammer gehalten hat, jener Sitzung, die den Rücktritt des Rabinetti Salandra zur unmittelsbaren Folge hatte. Diese Rede hatte durch ihren kriegerisch-patriotischen Inhalt und die in ihr ausgeführte Siegesüberhöhung in Parteikreisen nicht geringes Bestreben erregt. Dagegen wendet sich Modigliani in seiner von der Benfar Raal vermittelten Erklärung, durch die er eine Mißdeutung seiner Ausführungen abwehren will, wie sie nur durch eine unzuverlässige Berichterstattung veranlaßt werden konnte.

„Nicht alle wissen — sagt er —, daß durch den Zwang der Tatsachen der vom „Avanti“ gebrachte summarische Bericht über die Parlamentsitzung nicht die Arbeit seines Korrespondenten, sondern einer offiziellen Korrespondenz ist, die sich offenbar nicht gehalten hat, die parlamentarische Aktion der Sozialdemokraten in usum delphini zu führen und in anderem Lichte erscheinen zu lassen. Ich sehe mich daher veranlaßt, die Leser des „Avanti“, zum mindesten die, die diese Erklärung zu Gesicht bekommen werden, darauf aufmerksam zu machen, daß ich in meiner Rede vom Donnerstag zur Vertagung der Beratung über das Budget des Innern niemals daran gedacht habe, mich zu einem Verleibiger der „union sacrée“ (heiligen Einigkeit) aufzuwerfen, wie es nach dem oben erwähnten Bericht den Anschein hatte. (Zensurleide.) Aber gerade weil die Sozialdemokraten keine Niederlage wollen noch wünschen, haben sie die Absicht, ihre Pflicht der Kritik ganz und vollständig zu erfüllen, damit alle Wahrheiten gesagt und die Verantwortlichkeiten festgelegt werden.“

Aus dieser Sachlage sei die Art zu erklären, wie die Gegner den Schwund im Parlamentsbericht aufgenommen hätten, aus dem noch außerdem aus sehr begrifflichen Gründen die allerungenehmtesten Teile der Rede entfernt wurden. „Diese Rede — schließt Modigliani — war in der Tat nichts weniger als ein Appell an die „union sacrée“, sondern eine Erklärung, daß die sozialistische Opposition fortfahre, wachsam und unermüdet auf ihrem Posten zu sein.“

### Die Arbeiter und die Kriegsindustrienausschüsse in Rußland.

Nach den Mitteilungen der russischen bürgerlichen Presse macht sich in den Arbeiterkreisen eine heftige Unzufriedenheit gegen die Arbeitervertreter in den Kriegsindustrienausschüssen geltend. Namentlich in Petersburg hat die Haltung der Arbeiter im Zentralen Kriegsausschuss heftige Diskussionen in den Arbeiterkreisen hervorgerufen. Neben der großen Anzahl derjenigen, die von Anfang an gegen den Eintritt der Arbeiter in die Kriegsindustrienausschüsse waren — bekanntlich sprach sich die erste Arbeiter-Wahlmännerversammlung in Petersburg in ihrer Mehrheit in diesem Sinne aus, und nur dank dem skrupellosen Vorgehen des Führers der Gegenpartei G o s s e w wurde dieser Beschluß umgestoßen — machen sich folgende Strömungen in der Arbeiterklasse bemerkbar: 1. Die Vertreter einer Strömung verlangen die Abberufung der Arbeitervertreter, weil sie den Instruktionen ihrer Wähler zuwider gehandelt und nicht auf der nötigen Höhe gestanden haben. Besondere Unzufriedenheit hat in diesen Kreisen die Haltung G o s s e w anlässlich einer Audienz beim Ministerpräsidenten S t r e m e r hervorgerufen. 2. Eine zweite Richtung verlangt vor der eventuellen Abberufung der Arbeitervertreter die Abhaltung einer Wählerversammlung, auf der die Delegierten Rechenschaft ablegen können. 3. Eine dritte Gruppe endlich, die erst in allerletzter Zeit entstanden ist, verlangt die „positive Mitarbeit“ der Arbeitervertreter bei der „Organisation der Landesverteidigung“.

Anlässlich dieser Mitteilungen der bürgerlichen Presse äußern sich die in Zürich erscheinenden „Nachrichten des Auswärtigen Sekretariats des Organisationskomitees der S. D. R. R.“, die die Verrichtung der Arbeiter an den Kriegsindustrienausschüssen fortgesetzt bekämpfen haben, folgendermaßen:

„Diese Mitteilung legt Zeugnis davon ab, daß an die Stelle des Bierworts und der Unkortheit, die für die Zeit der Wahlen (für die Kriegsindustrienausschüsse) bezeichnend waren, mindestens

in der Kampfkraft der Arbeiter und dem Bewußtsein der Arbeiterklasse von den nationalistischen eingetreten ist. . . .

Leider ist Grund für die Befürchtung vorhanden, daß dieser Klärungsprozeß, den das russische Proletariat durchmachen muß, dank den besonderen russischen Verhältnissen in seinen Anfängen abbrechen könnte. Laut den „Russkaja Wedomosti“ will der Ministerpräsident S t r e m e r, in Verbindung mit seinem Feldzug gegen die Kriegsindustrienausschüsse, die Arbeitergruppen in ihnen „auflösen“, und zwar mit der Begründung, daß diese Gruppen eine antimilitaristische und revolutionäre Tätigkeit entfalten. (Als Schreckmittel dient in dem entsprechenden Memorandum der Polizeidepartements der Hinweis auf die Zimmerwalder Konferenz.)

Diese Verhöhnung der Arbeitergruppen könnte einen neuen Zusammenschluß der Arbeitermassen um ihre Vertreter in den Kriegsindustrienausschüssen ohne Klarstellung ihrer grundsätzlichen Haltung zur Folge haben, was nur den Kampf der Meinungen aufhalten könnte, der um die „Verteidigungs“-stellung G o s s e w s und Konforten entbrannt ist.

Sollte aber die Regierung durch die Verwirklichung ihrer Drohung alle schwankenden und unschlüssigen Elemente der Arbeiterklasse in das Lager der Internationalisten stoßen, so werden wir dieses ganze Experiment nicht besonders zu bedauern haben.“

### Die Aktion gegen die Bindestrich-Amerikaner.

New York, 16. Juni. (Durch Funkspruch vom Vertreter des Wolfischen Telegraphen-Bureaus.) Die Versuche, aus der Abstimmung der Bindestrich-Amerikaner einen politischen Kampfsprung zu machen, der auf die Abstimmung der Deutschen und Oesterreicher in Amerika gemünzt ist, dauern an, doch gewinnen bereits die Bestrebungen, welche solche Versuche lächerlich machen, die Oberhand. „New York American“ verurteilt in einem langen Leitartikel Menschen und Blätter als unamerikanisch, wenn sie sich in einem amerikanischen Wahlfeldzug entweder für oder gegen die Deutschen verpflichten. Das Blatt sagt: Diese Propaganda der Sympathie für England und des Hasses gegen Deutschland hat alle Grenzen der Schicklichkeit überschritten. Die Zeitung appelliert dann an alle Amerikaner, den Feldzug nur als amerikanischen Feldzug zu gestalten. — „Evening Post“ sagt: Beide Parteien werden ihren Absichten von dem Bindestrich-Amerikanertum als einem verwerflichen Wesen befunden, aber keine von beiden wird tatsächlich vergessen, daß der Bindestrichmann ein Wähler ist.

Die von dem demokratischen Konvent heute angenommene charakteristische Plattform richtet sich gegen die Bindestrich-Amerikaner und ist von Wilson selbst entworfen. Sie enthält folgenden Satz: Wir verurteilen jedes Bündnis und jeden Zusammenschluß von Personen dieses Landes, von welcher nationalen Abstammung sie auch immer sein mögen, die sich zum Zweck verhalten, unsere Regierung in Verlegenheit zu bringen oder zu schwächen oder sie ungebührlich zu beeinflussen oder auf die öffentlichen Vertreter bei ihrem Vorgehen oder bei ihren Verhandlungen mit einer fremden Macht einzuwirken. Wir erheben die Verurteilung, daß solche Verbindungen unter einer bestimmten Anzahl von Leuten bestehen und angeklagt worden sind, um die Interessen fremder Länder zu fördern zum Nachteil der Würde unseres eigenen Landes. Wir verdammen jede politische Partei, welche angeht die Tätigkeit solcher Verbindungen des Landes Würde ausliefert oder seine Politik zu ändern versucht. — Ein bemerkenswerter Zug im demokratischen Konvent war die Erscheinung, daß Bryan in begeisterter Weise Wilson unterstützte.

New York, 16. Juni. (Durch Funkspruch vom Vertreter des Wolfischen Telegraphenbureaus.) Präsident Wilson hat am Mittwoch in einer Rede gesagt: In den Vereinigten Staaten ist eine Unredlichkeit am Werke, die zermalmt werden muß. Sie geht von einer sehr kleinen, aber sehr tätigen und listigen Minderheit aus. Das sind diejenigen, die in diesem Augenblick eine Art von politischem Erpressungsversuch unternehmen, indem sie sagen: Tut, was wir wollen, oder wir werden bei den Wahlen Rache nehmen.

### Blutiger Zusammenstoß zwischen Amerikanern und Mexikanern.

El Paso, 22. Juni. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Es wird bestätigt, daß gestern ein blutiges Gefecht bei Carrizal stattgefunden hat. Die Amerikaner verloren etwa 20 Tote und 17 Gefangene; die Mexikaner verloren etwa 40 Mann einschließlich des Generals Gomez.

Washington, 21. Juni. (W. Z. V.) Reuter meldet: Hier herrscht die größte Besorgnis. Es scheint unzweifelhaft zu sein, daß, wenn der Angriff der Mexikaner eine Folge von Carranzas Ultimatum gewesen ist, Wilson es als eine Kriegshandlung betrachten wird.

### Letzte Nachrichten.

#### Das Ultimatum an Griechenland.

Athen, 22. Juni. (W. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Königin Konstantin empfing gestern nachmittag im Schlosse von Latoi Jaimis und gewährte dem russischen Gesandten eine Audienz. Die Gesandten von Frankreich, England und Rußland überreichten gestern nachmittag dem Ministerpräsidenten Skuludis eine gemeinsame Note. Dieses Schriftstück bestätigt zwar den Willen der drei Schuttmächte Griechenlands, seine Neutralität nicht zu stören, setzt aber auseinander, daß sie gegenüber dem gegenwärtigen Kabinett ernste Verdachtsgründe hätten angesichts seiner Duldung der deutschen Propaganda in Griechenland und seiner Haltung gelegentlich des Eindringens der Bulgaren in griechisches Gebiet. Andererseits sei die griechische Verfassung in den letzten Zeiten nicht immer treulich geachtet worden, vor allem anlässlich der letzten allgemeinen Wahlen, die trotz der Mobilmachung zahlreicher Wähler stattgefunden hätten. Indem sie sich auf die Verträge stützen und nur das Interesse des griechischen Volkes im Auge haben, haben Frankreich, England und Rußland beschlossen, von Griechenland die unverzügliche Ausführung folgender Maßnahmen zu verlangen: 1. Tatsächliche und allgemeine Demobilisierung der griechischen Armee. 2. Erhebung des Ministeriums Skuludis durch einen Kabinett, das alle Garantien hinsichtlich der Beobachtung einer wohlwollenden Neutralität gegenüber der Entente erfüllt, entsprechend den Verpflichtungen der griechischen Regierung. 3. Auflösung der Kammer und allgemeine Neuwahlen. 4. Erhebung der Polizeibeamten, welche allzuoft auf ausländische Einflüsterungen gehört haben. Falls die griechische Regierung diese Forderungen nicht annehmen sollte, würde sie allein für die Ereignisse verantwortlich sein, die darauf hin eintreten könnten.

#### Kriegerische Demonstrationen vor dem Piräus.

Saloniki, 22. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Ein Geschwader der alliierten Flotten hat den Befehl erhalten, vor dem Piräus zu kreuzen. Diese Kreuzung wird unter Umständen von einem Landungsforps unterstützt werden, dessen Eingreifen von den Ereignissen abhängen wird.

# Gewerkschaftliches.

## Massenspeisung. — Lebensmitteleinkauf.

Genosse Ritter, der dem städtischen Ausschuss für die Massenspeisung angehört, besprach am Mittwoch in einer Versammlung der Gewerkschaftskommission die Maßnahmen, welche der Ausschuss zur Durchführung der von der Stadt Berlin einzurichtenden Massenspeisung getroffen hat. Der Redner erinnerte daran, daß sich der Ausschuss der Gewerkschaftskommission durch Annahme einer am 10. d. M. im „Vorwärts“ veröffentlichten Resolution im Prinzip für die Massenspeisung erklärt, aber die Ausdehnung dieser Einrichtung auf das ganze Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin als erforderlich bezeichnet hat. Diese Forderung ist, wie der Redner ausführte, dem Oberkommando und dem Oberbürgermeister von Berlin unterbreitet worden. Vom Oberkommando ist noch keine Antwort eingegangen. Der Oberbürgermeister hat Bedenken über das Vorgehen des Gewerkschaftsausschusses geäußert, er meint, wenn sich das Oberkommando mit dieser Angelegenheit befassen sollte, dann würden erst Konferenzen mit den einzelnen Vorortsgemeinden veranstaltet und die Durchführung der Massenspeisung würde dadurch verzögert werden. Der Redner betonte, daß die Gewerkschaftsvertreter eine Verzögerung natürlich nicht wünschen und gar nicht daran denken, dem Unternehmen Hindernisse zu bereiten. Aber die Ausdehnung desselben auf Groß-Berlin halten sie für notwendig, weil der Zweck der Massenspeisung nur auf diese Weise verwirklicht werden kann.

In der Diskussion über das Referat wurden Bedenken in der Hinsicht geäußert, daß der Organisation der Massenspeisung gewisse Mängel anhaften, die einer möglichst weitgehenden Durchführung des Unternehmens hinderlich sein könnten. Demgegenüber wurde bemerkt, daß die an der Sache beteiligten Gewerkschaftsvertreter natürlich auf die Beseitigung etwa auftretender Mängel hinwirken werden.

Folgende vom Referenten Ritter eingebrachte Resolution wurde angenommen:

„Die am 21. Juni versammelten Vertreter der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend erteilen nachträglich ihre Zustimmung zu der Entschließung des Ausschusses über die Durchführung der Massenspeisung, die von letzterem am 9. Juni an den Herrn Oberbürgermeister von Berlin und an den Oberkommandeur in den Marken, Herrn von Kessel, gerichtet worden ist.“

Mit dem Ausschuss sind die Versammelten einig in der Meinung, daß die Durchführung dieses Unternehmens nur dann einen praktischen Nutzen bietet, wenn die Speisung in Groß-Berlin zur Durchführung kommt. Sie sprechen ihre Ansicht ferner dahin aus, daß durch dieses Verlangen nicht eine Verzögerung der in der Stadt Berlin bereits getroffenen Maßnahmen zum Aufbau der Organisation eintreten soll.

Der Referent Ritter besprach eine Eingabe des Buchhändlerverbandes, die darauf hinweist, daß es den in Fabriken und Werkstätten Beschäftigten in den meisten Fällen nicht möglich ist, nach Feierabend Lebensmittel einzukaufen und daß ihnen der Einkauf durch geeignete Maßnahmen ermöglicht werden müsse. Der Referent betonte, daß dabei aber nicht an eine Verlängerung der Verkaufszeit, sondern an Ausnahmen zugunsten der betreffenden Käufer gedacht werde.

Die Versammlung stimmte der folgenden Resolution zu: „Für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerhalb ihrer Wohnung in Fabriken und Werkstätten tätig sind, haben sich bezüglich der Beschaffung von Lebensmitteln schwere Unzulänglichkeiten gezeigt, die einmal in der Organisation der Verteilung der Lebensmittel, zum anderen darin ihren Grund haben, daß für viele Arbeiterinnen nach beendeter Arbeitszeit die Verkaufsläden bereits geschlossen sind.“

Für diese Arbeiterinnen erscheinen Ausnahmen angebracht, die es ihnen ermöglichen, sich mit Lebensmitteln hinreichend zu versorgen.

Die Versammlung beauftragt daher den Ausschuss, mit den zuständigen Behörden in Verbindung zu treten, um in geeigneter Weise diesen Uebelständen abzuhelfen.“

## Berlin und Umgegend.

### Die Erwerbslosenfürsorge für die Textil- und Wollhutarbeiterschaft in Groß-Berlin.

Am Mittwoch fand im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der in Groß-Berlin beschäftigten und arbeitslosen Textilarbeiter und -Arbeiterinnen und Wollhutarbeiter statt.

Roßke vom Textilarbeiterverband referierte zunächst über die Vorgehensweise der Fürsorge und legte namentlich dar, welche Schwierigkeiten es den Vertretern der Arbeiterorganisationen gemacht habe, vor dem Erlass der Bundesratsverordnung vom 18. November 1915 in der Provinz den Boden für eine Unterstützung der durch den Krieg geschädigten Textilarbeiter vorzubereiten. Er, und die mit ihm als Vertreter der Arbeiter wirkten, haben dabei mit den Gemeindeverwaltungen usw. manche unerfreuliche Erfahrungen gemacht. Um Umdeutungen vorzubeugen, betonte er, daß sich die Arbeiterchaft die schließlich eingeführte Fürsorge, die leider nicht weit genug gehe, selber erkämpfen habe.

Rödel vom Hutmacherverband als zweiter Referent behandelte dann den vom 20. Mai datierten „Gemeindebeschl. der Stadt Berlin, betreffend die Kriegsfürsorge für erwerbslose Angestellte und Arbeiter der Textilindustrie“. Er steht für die Dauer der Kriegszeit eine besondere Kriegsfürsorge für solche Angestellte und Arbeiter vor, die in den Betrieben der Groß-Berliner Textilindustrie infolge von Arbeitsbeschränkungen ganz oder teilweise erwerbslos geworden und in Berlin wohnhaft sind. Die Wollhutarbeiterschaft wird dazu gerechnet. Der Wortlaut des sehr ausführlichen, in 18 Paragraphen geordneten Gemeindebeschlusses ist im Inseratenteil des „Vorwärts“ vom 8. Juni veröffentlicht. Hinsichtlich der vielen Einzelbestimmungen muß an dieser Stelle auf jene Veröffentlichung verwiesen werden. Außer auf die Angestellten und Arbeiter der Textilindustrie findet der Gemeindebeschl. auch auf die Angestellten und Arbeiter der Wollhutfabriken Anwendung. (§ 13.) — Redner meint, unter die Vorschriften würden deshalb auch die Arbeiter und Arbeiterinnen fallen, die solche Damenhüte machen, welche aus Filz und Wollstumpen angefertigt werden. Auch die sogenannten Klebearbeiten könnten in Frage kommen. Jedenfalls sollten die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen ebenfalls die in dem Gemeindebeschl. vorgesehenen Schritte tun, um sich das Recht auf die Unterstützung zu sichern. — Was die Unterstützungssätze angeht, so hätte man gewünscht, daß sie wenigstens ein Existenzminimum erreichten. Von den Organisationen sei das auch beantragt worden, und zwar habe man den ortsüblichen Lohneinsatz zugrunde legen wollen. Unsere Vertreter im Stadtparlament hätten sich der Forderungen angenommen. Es sei aber nicht gelungen, ihnen Geltung zu verschaffen. Von der Sicherung eines Existenzminimums könne bei den tatsächlich eingeführten Sätzen im Hinblick auf die nummernreiche Beschränkung der Arbeitsgelegenheit keine Rede sein. Die Sätze seien viel zu gering; es wäre notwendig, eine wesentliche Erhöhung zu beantragen. — Die gewünschte Regelung der Unterstützungssachen angelegenheiten mit Hilfe der Gewerkschaften, wie sie für die allgemeine Erwerbslosenfürsorge eingeführt worden sei, sei bei der

Sonderfürsorge für die Textil- und Wollhutarbeiter ausgeschaltet worden. Die Beweggründe seien nicht bekannt. Zu vermuten wäre, daß man den Gewerkschaften nicht zu viel Macht in die Hände geben wolle. In Wirklichkeit wären die Gewerkschaften am allerersten berufen gewesen, hier mitzuwirken.

Roßke vom Textilarbeiterverband wies nach, daß bei der Ausführung des Berliner Gemeindebeschlusses sich schon eine ganze Anzahl Unstimmigkeiten ergeben haben. Unter anderem zeigte sich, daß die hineingebrachte Bedürftigkeitsfrage zu Verzögerungen und vor allem auch zu sonderbaren Auslegungen führt. So ist z. B. eine Arbeiterin, die bei den fünf Arbeitstagen in der Woche 15 M. verdient und die ein Kind zu ernähren hat, für nichtbedürftig erachtet worden. Soweit bisher Auszahlungen erfolgten, haben sich fast überall Mängel herausgestellt. Es werde nötig sein, in nächster Zeit überall Betriebsversammlungen abzuhalten, um über die Einzelfragen Klarheit zu schaffen. — Alle anderen Gemeinden von Groß-Berlin haben der Berliner Regelung im Prinzip zugestimmt. Bei diesen anderen Gemeinden kann es sich bis zur endgültigen Regelung nur noch um kurze Zeit handeln. Vorläufig wird nur in Berlin ausgezahlt.

Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die am Mittwoch, den 21. Juni 1916, im Berliner Gewerkschaftshauses verammelte Arbeiterschaft der Textil- und Wollhutarbeiterschaft Groß-Berlins erkennt an, daß die Erwerbslosenunterstützung der Kriegsfürsorge die Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft erhalten soll.“

Die sonst üblichen Löhne gewährten wohl die Existenz, aber erhebliche Ersparnisse konnte die Arbeiterschaft nicht machen.

Durch die beschriebenen Maßnahmen, erzwungen durch Kriegsursachen, ist das jetzige Einkommen der Arbeiterschaft ganz erheblich gesunken.

Soll die Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft erhalten bleiben, zum Wohle der Industrie, so müssen die Unterstützungssätze der Kriegsfürsorge so gestellt sein, daß sie den Ausfall am Lohn annähernd ausgleichen.

Bei den bis jetzt bekanntgegebenen Sätzen ist dieses nicht möglich.

Die Versammlung ersucht deshalb dringend, um eine Höherstellung der Unterstützungssätze.“

### Forderung einer Teuerungszulage im Rüsthergwerbe.

Eine gutbesuchte Versammlung der Rüsther und Rüsthermacher beschäftigte sich am Mittwoch mit der Forderung einer Teuerungszulage. Nach einem Referat Friess, der die Forderung begründete, und einer regen Diskussion, in der die Ausführungen des Referenten bestätigt und ergänzt wurden, fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der es heißt:

Die Versammlung richtet an die Arbeitgeberorganisationen der Pelz- und Mützenbranche das höfliche Ersuchen, vom 1. August d. J. ab auf die bestehenden Löhne eine Teuerungszulage zu bewilligen, und zwar: für die Arbeiterinnen beider Branchen eine solche von 20 Proz.; für die männlichen Arbeiter beider Branchen bis 40 M. Lohn pro Woche 20 Proz., bis 50 M. 10 Proz. und über 60 M. 5 Proz.

Die Versammlung beauftragt die Ortsverwaltung, mit den Arbeitgeberorganisationen in Unterhandlungen zu treten, und wird deren Antwort bis spätestens den 10. Juli erwartet.

Bei denjenigen Arbeitgebern, die keiner Organisation angehören, verpflichtet sich der Verband, die Teuerungszulagen zur Durchführung zu bringen.

Um die gegenwärtig gezahlten Löhne in der Pelz- und Mützenbranche feststellen zu können, verpflichten sich die Mitglieder, die ausgegebenen Fragebogen nächste Woche gewissenhaft und schnell auszufüllen und dem Verband zuzustellen.

Friess teilte dann noch mit, daß die Firma Geißler u. Kramer in der Mauerstraße durch Inzerate Arbeiter bei einem Wochenlohn von 80 M. sucht. Wenn die Arbeiter dann hinkommen, wird ihnen gesagt, sie könnten 80 M. verdienen — im Afford! Rummel hat dieselbe Firma ein Gesuch an das Oberkommando gerichtet, daß sie Gefangene überlassen erhalte. Der Verband habe aber Schritte unternommen, daß dies Gesuch nicht erfüllt werde, da, wenn die Firma sich an den Verband gewendet hätte, ihr geübte Arbeitskräfte zugewiesen worden wären. Es sei der Firma sehr wohl möglich, Arbeiter zu bekommen; sie wolle aber „billige“ Arbeiter. Jeder Berufscollege müsse den Nachweis des Verbandes benutzen. Das sei Pflicht.

## Deutsches Reich.

### Der Verbandstag der Schuhmacher und der Parteifrei.

In der Aussprache über den Punkt Krieg und Gewerkschaften stellten sich 5 Redner auf den Standpunkt des Referenten, während 4 Delegierte der Ansicht der Mehrheit der Reichstagsfraktion und der Generalkommission beistimmten. Der erste Redner aus den Reihen der Delegierten

Hamerer-Berlin wandte sich gegen die Anschauungen Simons und besonders gegen die von Rod. Er verwies auf das Flugblatt des Vorstandes, das dieser bei Ausbruch des Krieges an die Mitglieder richtete und in dem gesagt wird, daß die Kollegen mit demselben Mut, derselben Entschlossenheit und Ausdauer, die sie bei wirtschaftlichen Kämpfen zeigten, „auch den Kampf fürs Vaterland führen“. Die jetzige Haltung Simons stehe dazu in krassem Widerspruch. Die Haltung des Fachblattes entspreche nicht dem Vorstandsstandpunkt der Neutralität. Warum habe da der Vorstand nicht eingegriffen? (Simon: Das ist gesehen!) In einem Artikel des Fachblattes über Demokratie werde gesagt, es sei Unfug, daß eine große Minderheit sich unterordnen müsse. Die letzte Beitragserhöhung im Verband sei nur mit einer Stimme Mehrheit gesagt worden; wie wäre es, wenn da die Minderheit sich auf den Standpunkt des Fachblattes gestellt hätte? Redner warnt vor Annahme der vorgelegten Resolution, die einen scharfen Gegensatz zwischen dem Verband und der Generalkommission herstelle. Man solle zuerst vor der eigenen Tür stehen und hier die politische Neutralität einhalten.

Hollmerhaus-Berlin stellte sich auf den Standpunkt Simons und polemisierte gegen Silberstein.

Dorsch-Stuttgart: Man kann froh sein, daß Artikel von der Mehrheit nicht in das Fachblatt hineingekommen sind. Die Kollegen in der Reichstagsfraktion haben an dem Fachblatt nichts auszu- sehen. Durch den Streit wird die Klust zwischen Arbeitern und Beamtenschaft größer. Wenn die Dinge so weiter gehen, kann das Verhältnis mit der Generalkommission nicht fortbestehen.

Haupt-Magdeburg: Bei Ausbruch des Krieges hat die große Masse das Gegenteil von dem erwartet, was die Führer taten. Wenn die Generalkommission meint, sie wäre verpflichtet, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, dann kommen wir allerdings mit unserer Resolution in eine Sackgasse, denn es ist fast unmöglich, daß wir erklären, diese Frage solle bei uns nicht erörtert werden. Ich bedauere die Stellung der Generalkommission, weil die Schwierigkeiten für die Gewerkschaften dadurch unendlich vermehrt werden. Von dem Rannheimer Beschluß kann man nicht absteigen, daß die Generalkommission verpflichtet wäre, hier einzugreifen. Die Vereinbarungen beziehen sich nur auf den Massenstreik. Man kann nicht sagen, daß die Politik des 4. August den Gewerkschaften förderlich ist, man muß abwarten. Beim Reichsvereinsgesetz hat die Regierung wenig Entgegenkommen gezeigt, die Arbeiterschaft hat wirklich eine andere Befandlung verdient. Die Führer müssen ihre Handlungen so einrichten, daß die Masse Vertrauen zu ihnen haben kann.

Feldmüller-Birmasens: Simon sagte, wer die Einheit der Gewerkschaften stört, begeht ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Es muß aber heißen, wer Partei und Gewerkschaften zerreißt, begeht ein Verbrechen. Von der Partei hat aber Simon nichts gesagt. Der Parteizerrissung wird hier Vorbehalt geleistet. Es sind Kollegen hier, die offen sagen, die Partei gehört zerstört. Die Partei wollen Sie zerreißt und die Gewerkschaften sollen eins bleiben; das Kunststück bringen Sie nicht fertig. Nichtig ist die Unterordnung notwendiger als bei den Gewerkschaften. Die Minderheit gibt diesen ein schlechtes Beispiel. Die Generalkommission war berechtigt, zu dem Streit Stellung zu nehmen, er berührt die Gesamtarbeiterschaft. Wir müssen suchen, das Unheil einzudämmen und es nicht noch zu erweitern. Darum kann die Resolution nicht in der vorliegenden Fassung angenommen werden. Ich bin überzeugt, daß wenn die Generalkommission eine gegensätzliche Haltung eingenommen hätte, wäre von uns kein Widerspruch gekommen. Wir können ihr keinen Vorwurf machen; sie konnte nicht anders handeln.

Leg-Stuttgart: Mit der Generalkommission kann nicht deutlich genug geredet werden. Wenn sie den Standpunkt der Reichstagsfraktion zum Reichsvereinsgesetz billigt, dann liegen die Interessen der Gewerkschaften nicht in guten Händen. Der Vortredner will der Resolution die Giftzähne herausziehen, ich bin aber der Meinung, daß sie noch verschärft werden müßte. Die Arbeiterschaft läßt sich nicht länger an der Nase herumführen.

Kallinger-Köln begründet einen Antrag, den Absatz 4 in der Resolution Simon, in dem die politische Stellungnahme der Generalkommission und des „Correspondenzblattes“ bedauert wird, zu streichen. Dann würde auch das Bedauern über die Haltung des Verbandes ausgesprochen werden müssen.

Sprenger-Kornwestheim: Wenn wir eine Resolution fassen, dann tragen wir den Streit erst recht in die Mitgliedschaften. Die Artikel des Fachblattes haben verwirrend gewirkt. Demokratie bedeutet Unterordnung. (Zuruf: Aber nicht bedingungslos!) Wir haben alles zu tun, um die Klust nicht zu erweitern, dann dienen wir den Interessen unserer Organisation und dem der Gesamtarbeiterschaft.

Nachdem der Vertreter der Generalkommission, Silberstein, eingehend nochmals den Standpunkt der Generalkommission präzisiert und Richtigstellungen gemacht hatte, wurden die Verhandlungen vertagt.

Vor der Abstimmung halten in der nächsten Sitzung Simon und Rod die Schlussworte.

## Soziales.

### Die Sorge um den Nachwuchs.

Seit Ausbruch des Krieges wird im Deutschen Reich lauter als bisher nach Steigerung der Volkszahl gerufen. Die einen fordern Mehrung der Geburten, andere versprechen sich Besseres von Maßregeln zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit. Das zweite der beiden Mittel ist minder einfach — und kostspieliger. Reich und Bundesstaaten haben der Privatinitiative überlassen, auf diesem Weg voranzugehen.

Zu den Vereinigungen, die den Kampf gegen die Kindersterblichkeit unterstützen, kommt jetzt eine neue. Sie nennt sich „Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge“, will den Ausbau der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge durch Sammlung und Verteilung von Geldmitteln fördern und beabsichtigt weitestgehende Volkstheorien über die Bedeutung des Säuglings- und Kleinkinderfürsorge aufzuklären. Am Mittwoch fand im Herrenhaus eine als „Gründungsversammlung“ bezeichnete Zusammenkunft statt, aber die ganze Organisation war bereits fertig. Sie konnte schon beschlossene Satzungen vorlegen und hatte ihren Arbeitsausschuss als Vorstand und ihren Gesamtausschuss, deren Zusammenfassung aus allen möglichen offiziellen Persönlichkeiten die Verbindung mit Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, mit Körperschaften, Anstalten usw. sichert. Vorsitzender ist Ratsmitglied a. D. Kammerherr v. Behr-Pinnow, Ehrenvorsitzende sind Reichsanwalt von Weismann, Post- und Generalfeldmarschall von Hindenburg, das Protokoll hat Herzogin Viktoria Luise zu Braunschweig und Lüneburg, von der übrigens die Anregung zu dem ganzen Unternehmen herrührt. Die Versammlung, an der auch die Protokollin teilnahm, sollte — wie hervorgehoben wurde — auf die Öffentlichkeit wirken.

In einer Begrüßungsansprache wies v. Behr-Pinnow auf die durch den Krieg angeregten Fragen der Bevölkerungspolitik hin. Er beklagte den seit Jahrzehnten andauernden Geburtenrückgang im Deutschen Reich und andererseits die hohe Kindersterblichkeit. Alle Vaterlandsfreunde seien darüber einig, daß Deutschland jetzt vollbesetzte Kinderstuben brauche. Zwischen dem letzten Krieg und dem jetzigen habe bei uns der Tod 14 bis 18 Millionen Säuglinge hingebracht, wovon etwa die Hälfte hätte erhalten werden können. Das hätte einen Zuwachs zu gesunden und kräftigen Menschen gebracht, aus dem noch viele Armeekorps aufzustellen gewesen wären. Jetzt solle die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge hineingetragen werden in die letzten Winkel des Vaterlandes.

Was zu geschehen habe, zeigte Prof. Langstein, Direktor vom Kaiserin-Augusta-Viktoria-Haus für Säuglingspflege zu Charlottenburg. Trotz allen Fortschritten der Säuglingsfürsorge habe die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich vor dem Krieg immer noch bis 350 000 Kinder pro Jahr gekostet, und auch an Sterbefällen von Kindern des zweiten bis fünften Lebensjahres zähle man in jedem Jahre noch etwa 80 000. Richtig sei, Kenntnisse der Pflege und Ernährung des Säuglings und des Kleinkindes im ganzen Volk zu verbreiten durch zweckdienliche Belehrung in Volksschulen und Fortbildungsschulen. Fortbildungsschülerinnen werde man auch schon auf die Notwendigkeit, den Säugling mit der Mutterbrust zu ernähren, hinweisen können. Einen anderen Weg, an die Masse des Volkes heranzukommen, sieht Redner nicht. Richtig sei selbstverständlich auch eine entsprechende Vorbereitung der Lehrkräfte. Den Gemeinden solle weiter die Aufgabe zu, Einrichtungen für Säuglingsfürsorge zu schaffen. In keiner Gemeinde dürfe es an Säuglingsfürsorge fehlen. Auch Rutterheime seien einzurichten, in denen Mütter ihre Kinder stillen können. Für alle Einrichtungen und Anstalten zur Kinderfürsorge müsse man besiegeltete Pflegerinnen- und Kräftepersonal fordern. Heilige Pflicht der öffentlichen Kinderfürsorge sei, das Kind möglichst auf dem ganzen Lebensweg des ersten Jahres nicht aus dem Auge zu lassen. Das Reich habe mit der unter dem Zwang des Krieges zustande gekommenen Wochenhilfe und den Stillplätzen bereits den Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit gefördert. Für die Friedenszeit müsse diese Hilfe beibehalten werden. Auch den Kleinkindern sei eine besondere Fürsorge unentbehrlich. Redner empfahl Kleinkinderfürsorgestellen, die etwa den Säuglingsfürsorgestellen anzuschließen wären. Die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge habe sich auch auf das platte Land zu erstrecken. Fortan dürfe die Kostenfrage nicht mehr ausschlaggebend sein, das Geld müsse herangezogen werden. Alles das soll den Gemeinden und der Privatinitiative überlassen bleiben, doch will man möglichst mit den Regierungen von Reich und Bundesstaaten zusammenarbeiten.

Einen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Arbeitsausschusses, die im wesentlichen in Ausarbeitung der Satzungen bestand, gab Hofrat Meier-München. Man will schon bestehende Organisationen in keiner Weise beeinträchtigen, vielmehr soll ihnen aus dem durch die neue Organisation zusammengekommenen Geld ein besserer Schutz von Mutter, Säugling und Kleinkind ermöglicht werden. Der Vorsitzende v. Behr-Pinnow schloß mit dem Wunsch, daß nach dem Kriege „alle Herzen und Geldbeutel“ sich für den Säuglings- und Kinderfürsorge öffnen möchten.

# Die Landeskommission der Parteiorganisation Preußens

hat, wie durch das Pressebureau mitgeteilt wird, am 21. Juni in Berlin getagt. Die Sitzung war von zwei Bezirksvorständen beantragt worden, um Stellung zu nehmen zu den neuesten Parteivorgängen. Die Landeskommission und ihr geschäftsführender Ausschuss haben gemeinsam mit dem Vorstande der Gesamtpartei die Parteigeschäfte in Preußen zu führen. Der geschäftsführende Ausschuss besteht aus dem Vorsitzenden, Schriftführer und Kassierer der Berliner Parteiorganisation. Nach Berichten über Berliner Parteiverfammlungen ist die am Sonntag tagende Generalversammlung Groß-Berlins zu dem Zweck berufen, um eine Neuwahl der Leitung der Organisation vorzunehmen. In Berliner Versammlungen ist offen ausgesprochen worden, daß die bisherige Leitung, der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer, beseitigt werden soll, und zwar lediglich deshalb, weil sie der Opposition nicht zugänglich ist. Demgegenüber wurde in der Landeskommission von der großen Mehrheit die Auffassung vertreten, daß damit nicht zugleich der Landeskommission, die sich mit ihrem bisherigen geschäftsführenden Ausschuss in völliger Übereinstimmung befindet, eine neue Geschäftsleitung aufgezogen werden dürfe. Das würde allen demokratischen Grundsätzen ins Gesicht schlagen und jede wirksame Arbeit unmöglich machen. In der Gesamtpartei habe man sich verständigt, während des Krieges nur die notwendigen Erziehungswahl für Funktionäre vorzunehmen. Noch im Juni vorigen Jahres habe sich die Berliner Parteiorganisation auf diesen Standpunkt gestellt. Solange der größte Teil der Parteimitglieder im Felde liege und am Parteileben nicht teilnehmen könne, müsse an dieser Auffassung festgehalten werden. Verjähre die Berliner Parteiorganisation jetzt anders, so könne das für die preussische Landesorganisation unmöglich bindend sein. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Landeskommission ist nach wie vor der Auffassung, daß während des Krieges, der den zum Oeressdienst eingezogenen Parteimitgliedern jede Mitbestimmung in den Organisationen unmöglich macht, nur die durch Einberufung von Funktionären notwendigen Erziehungswahl vorgenommen werden sollen. Diese Auffassung ist seit Kriegsbeginn von der Gesamtpartei vertreten und früher auch von der Berliner Parteiorganisation gutgeheißen worden. Es liegt kein Grund vor, jetzt davon abzugehen, wo der weitaus größte Teil der Mitglieder einberufen ist.“

Die Landeskommission beschließt, daß die gegenwärtige Leitung der preussischen Landesorganisation bis zum nächsten preussischen Parteitag im Amt bleibe. Die gegenwärtige Leitung der preussischen Landesorganisation hat über ihre Tätigkeit diesem Parteitag zu berichten und ist ihm dafür verantwortlich.“

Der erste Absatz der Resolution ist mit 23 gegen 3 Stimmen und der zweite Absatz mit 22 gegen 4 Stimmen angenommen. Der geschäftsführende Ausschuss Preußens enthielt sich der Abstimmung.

Die Landeskommission beschloß sich dann noch eingehend mit der Lebensmittellage, wobei eine Ueberprüfung über die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken gegeben wurde. Die vorgetragenen Beschwerden und Vorschläge sollen im Ernährungsbeirat und eventuell im Landtage vertreten werden.

Parteivorstand und preussische Landeskommission haben am Mittwoch einen Beschluß gefaßt, der die vorläufige Krönung der Politik darstellt, die Parteivorstand und die Mehrheiten des Parteiausschusses und der Preussische Landeskommission eingeschlagen haben.

Völlig eigenmächtig und in Mißachtung der klaren Bestimmungen des preussischen Organisationsstatuts haben die beiden Körperschaften in gemeinsamer Sitzung beschlossen, für den Fall, daß die am nächsten Sonntag stattfindende Generalversammlung von Groß-Berlin einen neuen Vorstand wähle, die diesem Vorstand nach dem § 3 des preussischen Organisationsstatuts zustehenden Rechte nicht anzuerkennen, sondern dem alten aus seinen Funktionen ausscheidenden Vorstand auch weiterhin die Führung der Geschäfte als preussischer Landesauschuss zu sichern.

Dieser Beschluß ist nach jeder Richtung hin rechtswidrig. Der § 3 des preussischen Organisationsstatuts besagt unambig, daß der geschäftsführende Ausschuss der preussischen Landeskommission aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Kassierer der Groß-Berliner Organisation besteht. Natürlich nicht aus einem verkörpertem, sondern einem amtierenden Groß-Berliner Vorstande. Dem das Amt haftet nicht an Personen, sondern an der Organisation. Ob die betreffenden Genossen Müller oder Schulze, Ernst oder Hoffmann heißen, ist völlig gleichgültig, nicht minder gleichgültig ist die Richtung, die von ihnen vertreten wird; ihre einzige Verantwortlichkeit und Legitimation zur Ausübung ihres Amtes in der preussischen Landeskommission ist ihre Eigenschaft als amtierende Vorstandsmitglieder Groß-Berlins.

Nun haben Parteivorstand und Landeskommission ihren das Statut beugenden Beschluß damit begründet, daß sie sich keine Geschäftsleitung „aufzoteln“ zu lassen brauchen, die ihnen nicht genehm sei, deren Richtung sich nicht mit der der Mehrheit der Kommission decke. Es sei ein Lindung, daß die Geschäftsleitung der preussischen Landeskommission abhängig sei von der zufälligen „Laune“ der Berliner, von einer Neuwahl der Groß-Berliner Organisation, die nur durch die strupellose „Verhegung“ der Groß-Berliner Genossen zustande gekommen sei.

Danach haben wir es hier mit einem Vorgehen zu tun, das jeder Demokratie, allem Selbstbestimmungsrecht der Genossen ins Gesicht schlägt.

Die in der Kommission vorgebrachte Behauptung, daß die Mitglieder der Groß-Berliner Organisation verhegt seien — durch den „Vorwärts“, durch die „Ledebour-Hoffmann“ oder durch die „Spartacus-Gruppe“ — steht auf einem Niveau, das die ernstliche Widerlegung nicht bedarf. Die Berliner Genossen wissen selbst am besten, daß wahrscheinlich nicht in einem einzigen Bezirk Deutschlands so zahlreiche und so eingehende Kontroversen über die das Parteileben bewegenden Streitfragen stattgefunden haben, wie in Groß-Berlin, daß nirgends so ausgiebig auch die Gegenseite zum Wort gekommen ist wie hier. Schon deshalb hätte man sich dieser Verdächtigung des Urteilsvermögens der Berliner Genossen enthalten sollen, auch wenn es nicht ohnehin für Sozialdemokraten wenig angemessen wäre, sich der Phrasologie des jelligen Putzamer zu bedienen, wonach an der Mithimmung der Massen nur die „Verhegung“ durch strupellose Demagogen schuld ist.

Weit eher wäre die unendliche Langmut der Groß-Berliner Genossen zu bewundern, die es so lange geduldet mit anjahen, wie sich ihre Vertreter trotz aller Beschlüsse und Resolutionen immer wieder in Widerspruch zu ihren Auftraggebern setzten, bis sie schließlich denn doch das immer rücksichtslosere Vorgehen des Parteivorstands und seiner Verbündeten zur pflichtgemäßen Wahrung ihrer Rechte und ihrer politischen Interessen nötigte.

Niemand vermag den Groß-Berliner Organisationen das moralische wie formale Recht zur Vornahme einer Vorstandsneuwahl zu bestreiten. Auch die Resolution der Landeskommission hat das nicht gewagt. Wenn damit aber diesem Vorstand laut preussischem Landesstatut das Recht zufällt, auch — gemeinsam mit dem Parteivorstand! — die Geschäfte der preussischen Landeskommission zu führen, ist es dann nicht ein unerträglicher Versuch der Landeskommission, aus angemahter Machtbefugnis heraus dem neuzuwählenden Groß-Berliner Vorstand dies Recht zu bestreiten?

Wo steht denn im Statut, daß die drei Groß-Berliner Genossen, die die — im Grunde rein formalen — Geschäfte der preussischen Landeskommission zu führen haben, nur eine der Mehrheit der Kommission genehme parteipolitische Anschauung besitzen dürfen? Die Landeskommission hat einfach — sonst wäre sie ja keine Institution einer demokratischen Partei, sondern eine Majorisierungsmaschine und ein parteipolitisches Inquisitionstribunal — getreulich alle Anschauungen zu spiegeln, die von den Körperschaften vertreten werden, deren Mandatäre der Kommission angehören. Es wäre ja noch schöner, wenn die Mehrheit der Kommission sich einfach die Personen als Mitglieder auswählen könnte, die ihrer Mehrheit genehm sind!

Zumehrhin wäre das Vorgehen wenigstens psychologisch begreiflich, wenn die neuen drei Männer als geschäftsführender Ausschuss irgend welche Kompetenzen besäßen, die die über parteipolitische Fragen anders denkende Kommissionsmehrheit Majorisierungserfunde oder sonstige „Luertreibezelen“ beschränken lassen könnte. Aber das ist bei der Art der zu erledigenden Geschäfte völlig ausgeschlossen. Der geschäftsführende Ausschuss hat nicht die entfernteste Möglichkeit zu eigenmächtigen Schalten und Walten, ist in seinen offiziellen Handlungen nicht als das ausführende Organ der Kommission selbst und obenrein verpflichtet, alle Schritte in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand zu unternehmen. Man muß also schon, wie das in der Kommission geschehen, seine Zuflucht zu den gewagtesten und sonderbarsten Andreden nehmen — daß die neue Geschäftsleitung der preussischen Landeskommission in In- und Ausland als Sieg der „Opposition“ in ganz Preußen aufgefaßt werden, daß sie dergestalt den Krieg verlängern und den Kampfeswillen der Gegner härten könne — um auch nur den Schatten eines Vorwandes für den Gewaltstreich zu erhalten.

Wären Parteivorstand und die Mehrheit der Kommissionsmitglieder nicht von allen guten Geistern verlassen, so könnten sie sich nur freuen, den neuen Groß-Berliner Vorstand in der Kommission vertreten zu sehen. Wäre das ihnen doch die so notwendige Information über die wirkliche Stimmung der Groß-Berliner Genossen, während sie andererseits die Möglichkeit hätten, durch Vorstellungen und Argumente auf diese Vertreter der „Verhegten“ einzuwirken. Aber man will es nicht einmal auf einen Versuch gemeinsamer Tätigkeit ankommen lassen.

Geradezu komisch aber ist der Beschluß noch in anderer Beziehung. Die wirklich en Leiter der Groß-Berliner Organisation will man trotz der dafür bestehenden statutarischen Verpflichtung nicht zur Kommission zulassen, dagegen sollen die bisherigen Leiter weiterhin Geschäftsleitung und Stimmrecht ausüben. Die Rechte der Zehntausende organisierter Groß-Berliner Genossen lastiert man rechtswidrig mit einem Federstich — aber den Genossen, die organisatorisch nichts hinter sich haben und nichts weiter sind, als Privatpersonen, werden Rechte verlichen, die ihnen in keiner Weise zustehen. Kommt den obersten Parteibehörden gar nicht der Gedanke, daß sie damit die preussische Landeskommission nicht nur aufs schwerste diskreditieren, sondern geradezu in eine illegale, rechtswidrige Körperschaft verwandeln? Und solche Instanzen glauben dann den Massen der Parteigenossen noch einreden zu können, daß sie die berufenen Aufsichtsorgane und Schutze der Parteistatuten seien, die gegen „Disziplinbrecher“ ihre Bananen schleudern dürften?!

Unernannt darf auch nicht bleiben, daß man in der Kommission verschiedentlich mit der Einberufung eines preussischen Parteitages, ja eines allgemeinen Parteitages drohte. Bisher hat auch die „Mehrheit“ diesen Gedanken als unsinnig und unmöglich verworfen. Bei der Taktik der Instanzen scheint freilich nachgerade auch das Unmöglichste nicht ausgeschlossen. Nur sollte man sich dann auch klar darüber sein, daß man durch derartige Akte, die angesichts der heutigen Zustände der Presse- und Redefreiheit nichts als Täuschungsmanöver wären, solche Parteitage von vornherein zur Farce stempelte, zu Scheindemonstrationen, mit denen man absolut nichts erreichen würde, als eine Vertiefung der Gegensätze und eine Verschärfung der Erbitterung. Wirkliche Autorität vermöchten erst die nach Kriegsende einzuberufenden Parteitage zu beanspruchen.

## Politische Uebersicht.

### Die Kriegsziele des Kanzlers.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Blättermeldungen zufolge hat der Reichstagsabgeordnete Scheidemann in einer Breslauer Versammlung eine Rede gehalten, in der er folgendes ausführte: Als vor einem Jahre die sechs Wirtschaftsverbände des Reichskanzlers ihre bekannten Eroberungspläne unterbreiteten, wurde ich mit einigen Parteifreunden beim Reichskanzler vorstellig, um Einspruch zu erheben gegen diese Pläne. Wir verwiesen dabei auf unsere im Reichstag am 4. August 1914 abgegebene Erklärung. Wir hatten die Genugtuung, aus dem Munde des Reichskanzlers zu hören, daß er mit jenen Eroberungsplänen nichts zu tun haben wolle, daß er sie weit von sich weise, und daß er sie wie alle ähnlichen Pläne auf das entschiedenste mißbillige.“

Darüber, was der Friede uns bringen muß, hat sich der Reichskanzler wiederholt öffentlich im Reichstag so weit ausgesprochen, wie er es für möglich hielt. Aus diesen seinen positiven Erklärungen ergibt sich zugleich seine Stellung zu den bekannten, zum Teil weit darüber hinausgehenden Kriegsziele der wirtschaftlichen Verbände.“

Auch diese offiziöse Erklärung beweist wiederum, daß die Kriegsziele des Kanzlers sich zwar wesentlich von denen der sechs Wirtschaftsverbände unterscheiden, aber doch nur graduell, und sich keineswegs mit dem decken, was Sozialdemokraten zu vertreten verpflichtet sind. Für Politiker, denen die Kanzlerreden nicht völlig unbekannt geblieben sind, konnte darüber auch nur der geringste Zweifel bestehen.

## Batocki und die Zensur.

In einer Konferenz, die Herr v. Batocki am 20. Juni in Düsseldorf mit Pressevertretern aller Richtungen abhielt, erklärte er laut einem Bericht unseres Kölner Parteiblattes unter anderem: „Man ist die Diskussion der Lebensmittelfragen ja freigegeben. Ich würde es für ein Unglück halten, wenn die Zensur auf die Lebensmittelfragen ausgebeht würde. Vielmehr lege ich den allergrößten Wert darauf, daß die Kritik nicht eingeschränkt wird. Aber es muß bei der Kritik auch die größte Vorsicht geübt werden.“

Zwei Kölner Pressevertreter, ein bürgerlicher und ein sozialdemokratischer, entgegneten dem Herrn Präsidenten, daß in ihrem Bezirk die Zensur auch auf Ernährungsfragen ausgebeht werde, und zwar auch auf objektive Kritiken. Der bürgerliche Redakteur, der Weiter einer der gelesesten Zeitungen des Westens, erklärte: Er habe die größten Bedenken, wenn in dieser Zeit durch falsche Maßnahmen der Zensur das Vertrauen der Bevölkerung in die Presse erschüttert werde. Herr v. Batocki sagte öfters Pressekonferenzen zu.

## Die bayerischen Finanzen.

Finanzminister Ritter v. Breunig gab in der Beratung des Finanzausschusses der Kammer einen Ueberblick über die Lage des Staatshaushaltes als Grundlage zur Beurteilung des Steuerbedarfs und erklärte, daß für die Jahre 1916/17 mit einem Fehlbetrag von 28000000 M. zu rechnen sei. Wenn jedoch 1917 kein Friedensjahr sein werde, so sei mit erheblichen Mehrausgaben und Mindereinnahmen zu rechnen. Die Deckung des jetzigen Fehlbetrages verlange einen Zuschlag von 30 Proz. zu den direkten Steuern. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müsse der Zuschlag zu allen Steuerarten und Steuerstufen prozentual gleichmäßig sein. Der Reichstatter Abgeordnete Casselmann erklärte, wegen der außerordentlichen Kriegsverhältnisse sei es aber geboten, nach dem Vorgehen der anderen Bundesstaaten, die kleineren Einkommen, namentlich auch den Mittelstand, zu entlasten und die größeren Einkommen entsprechend stärker heranzuziehen. Er beantrage, die Einkommen bis 1800 M. zuschlagfrei zu lassen, auf die anderen Zuschläge von 10 bis 50 Proz. zu legen.

## Ründigung des deutsch-italienischen Handelsvertrages.

Dem „Berl. Lokalanz.“ wird aus Lugano telegraphiert: „Der Handelsvertrag der italienischen Volkshandlung in Paris Graf Sabini erklärte dem Pariser Korrespondenten der Turiner „Stampa“, die Resultate der Wirtschaftskonferenz seien von solcher Wichtigkeit, daß hinter ihr alle Ereignisse der letzten Zeit, auch die militärischen, die russische Offensive und die italienische Ministerkrisis verschwinden. Noch ist nicht alles fertig, aber die Strafe für die hundertjährige ökonomische Allianz ist gegeben. Das wichtigste Resultat für Italien ist, daß von nun an jede wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland aufgehört hat. Er vertritt kein diplomatisches Geheimnis, wenn er mitteilt, daß das Kabinett Salandra bereits beschlossen habe, den Handelsvertrag mit Deutschland zu kündigen. Nach der Pariser Konferenz hat dieser aufgehört zu existieren. Italien ist frei von allen Verpflichtungen gegenüber den Zentralmächten und kann auch keine neuen mehr eingehen. Es kann jetzt nur seine wirtschaftliche Politik entwickeln an die Verbündeten anschauen. Die Tatsache ist unüberkräftig.“

## Die Kontingentierung des Zeitungsumfanges.

Das Reichsgefehlblatt veröffentlicht eine Verordnung des Bundesrats über Druckpapier.

§ 1 bestimmt: Verleger und Drucker von Zeitungen, die auf maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier gedruckt werden, sowie alle sonstigen Personen, die unbedrucktes Papier der genannten Art beziehen, dürfen in der Zeit vom 1. Juli bis zum 31. August 1916 solches Papier nur in den Mengen beziehen, die für sie von der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe in Berlin festgesetzt werden. Dies gilt auch, soweit es sich um die Erfüllung bereits abgeschlossener Lieferungsverträge handelt.

Die Festsetzung geschieht nach folgenden Grundätzen: Zeitungen, die im Jahre 1915 eine Fläche bis 200 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 5 vom Hundert, von 201—250 Quadratmeter: 5,5 vom Hundert, von 251—300 Quadratmeter: 6 vom Hundert, von 301—350 Quadratmeter: 6,5 vom Hundert, von 351—400 Quadratmeter: 7 vom Hundert usw. in Stufen von 100 Quadratmeter und 1 vom Hundert.

Die Quadratmeterfläche wird errechnet durch Feststellung der Papierseitengröße und der Gesamtzahl der Seiten (Umfang), die die Zeitung im Jahre 1915 gehabt hat. Zeitungen, deren Quadratmeterfläche sich im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1913 verdoppelt hat, erleiden eine geringere Beschränkung, Zeitungen, deren Quadratmeterfläche sich verdoppelt hat, eine härtere Beschränkung. Alle übrigen Bezahler von unbedrucktem maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier dürfen für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 31. August 1916 nur 85 Proz. derjenigen Menge von solchem Papier beziehen, die sie im Jahre 1915, berechnet auf einen Zeitraum von zwei Monaten bezogen haben. Bei Festsetzung der Menge werden Bestände an unbedrucktem maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier, nach Abzug einer dem Verbrauch des vorangegangenen Monats entsprechenden Menge, die als Reserve anzusehen ist, angerechnet.

§ 2. Der Bestimmung des § 1 unterliegen nicht die Verleger solcher auf maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier gedruckten Zeitungen, deren Ausgaben in einer Woche nicht mehr als 7 Bogen zu je 4 Seiten umfassen und die nicht öfter als einmal täglich erscheinen. Die Verleger dieser Zeitungen haben der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe auf ihre Kosten ein Blickexemplar jeder Ausgabe durch die Post regelmäßig zu überreichen.

§ 3. Bei der Einwendung der Bestellungen (Abrufe) an die Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe ist der Zweck anzugeben, zu dem das Druckpapier Verwendung finden soll. Ein Anspruch an die Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe auf Lieferung besteht nicht.

§ 4. Alle Bezahler von unbedrucktem, maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier haben der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe bis zum fünften Tage eines jeden Monats anzuzeigen, welche Mengen (in Altkorramm) sie im vergangenen Monat verbraucht oder verbraucht haben.

§ 5. Unbedrucktes, maschinenglattem, holzhaltiges Druckpapier darf ohne Genehmigung der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe nicht veräußert oder sonstwie weitergegeben, auch nicht zu einem anderen als dem in der Bestellung (Abruf) angegebenen Zwecke verwendet werden.

## Pappe als Schutzfolien.

Durch eine vom Bundesrat beschlossene Verordnung soll dem Ueberhandnehmen der Verwendung von Pappe und ähnlichen widerstandsunfähigen Stoffen für ledernes Strahenschutzeug Einhalt geboten werden. Für einzelne Schutzteile eignen sich bewährte Kunststoffe ebenso gut wie Leder, und unter den heutigen Verhältnissen muß mit dem Leder so viel als möglich gespart werden. Wenn aber die Knappheit und der



# Aus der Partei.

## Neue Wege.

In einem „Wesentliche Vorfrage“ gezeichneten Leitartikel des von Genossen Kolb redigierten „Marxistischer Volksfreund“ wird, im Anschluß an die Rede Lensch in der Deutschen Kolonialgesellschaft, auch Stellung genommen zu der bisherigen und zukünftigen Politik der deutschen Sozialdemokratie. Nachdem dargelegt ist, daß die politische Neuorientierung nur möglich sein wird, wenn die Sozialdemokratie ihre eigene Politik für sich orientiert, daß sie bei den entscheidenden Kämpfen nicht mehr ausgeschaltet werden kann, heißt es dann weiter:

„Eine Mehrheit für eine demokratische Politik ist aber in Deutschland nur möglich, wenn die Sozialdemokratie sich auf den Boden einer staatspositiven Politik stellt. Das bedingt, daß die Sozialdemokratie den Mut hat, aus ihrer bisherigen reformistischen Taktik die logischen Konsequenzen zu ziehen und von der „radikalen“ Demonstrationspolitik Abstand zu nehmen. Die Gegenfrage in der Partei bezieht sich nicht auf die Grundsätze des Sozialismus und der Demokratie, sondern ausschließlich auf die praktische Anwendung dieser Grundsätze. Vom Standpunkt der bestehenden Parteitagebeschlüsse läßt sich die Politik des 4. August nicht rechtfertigen. Es hat gar keinen Sinn, über diese Tatsache mit Wortklaubereien hintertäuschen zu wollen. Keiner der Wortführer der Mehrheit kann und darf sich im Zweifel darüber sein, daß die Resolutionen von Dresden, Lübeck, Magdeburg usw. künftig noch für die Politik und Taktik der Sozialdemokratie maßgebend sein können. Ebenso wenig die Resolution des Hamburger Parteitage über die Militärfrage. Wenn man den Staat anerkennt, darf man zu den Fragen der Staatsnotwendigkeiten keine prinzipiell verneinende Stellung mehr einnehmen, vor allem nicht mehr das Budget ablehnen. Die Politik der Sozialdemokratie muß mit neuen positiven Gedanken erfüllt werden. Das ist aber unmöglich, wenn man der Diskussion dieser neuen Gedanken immer wieder ausweicht und die Dinge so darstellt, als sei die Politik des 4. August etwas ganz Selbstverständliches gewesen. Das war sie eben nicht. Kein Mensch in der Partei hat am Abend des 3. August es für selbstverständlich gehalten, daß die sozialdemokratische Fraktion die Kriegskredite bewilligt. Das Gegenteil wäre nach den Parteitagebeschlüssen viel selbstverständlicher gewesen. Warum denn diese Tatsache immer wieder vertuscht werden? Welchen Zweck soll das haben? Glaubt man damit, etwa den Gegnern der Kreditbewilligung den Wind aus den Segeln nehmen zu können?

Wir möchten, die bisherigen Erfahrungen mit dieser Taktik sollten nachgerade jeden davon überzeugt haben, daß man damit den Parteifrieden nicht fördert. Die Angst vor der Winderheit ist für die Zukunft der Sozialdemokratie geradezu verhängnisvoll. Die Wunden haben die Politik des 4. August verstanden, sie werden auch die Konsequenzen begreifen, die sich für die künftige Politik und Taktik der Sozialdemokratie daraus ergeben, sofern die Mehrheit nur den Mut hat, sich zu diesen Konsequenzen zu bekennen. Sie werden aber an der Politik der Mehrheit irre werden, wenn diese immer wieder den Auffassungen der Winderheit Konzessionen macht, wie das mit der Budgetablehnung geschehen ist.“

Man muß es dem „Volksfreund“ lassen, daß er klipp und klar sagt, welche Absichten in den ihm arbeitsverwandten Kreisen bestehen.

## Lebedour gegen Scheidemann.

In einer am Dienstag stattgefundenen großen öffentlichen Volksversammlung in Breslau, die überaus stark besucht war, hielt Gen. Scheidemann einen Vortrag über: „Die deutsche Arbeiterschaft und der Krieg“, in der er die Stellungnahme der Reichstagsfraktion am 4. August herbeizog. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, um dem geschiedenen Gen. Lebedour Zeit zu geben, Scheidemann entgegenzutreten und die Stellungnahme der Minorität zum Ausdruck zu bringen. Von einer Beschlußfassung wurde Abstand genommen. Ein großer Teil der Versammlung bestand aus Bürgerlichen.

Für die preussische Landeskommission schlägt der sechste Berliner Reichstagswahlkreis als Vertreter Groß-Berlins an Stelle des Genossen Richard Fischer den Genossen Lauffant vor.

## Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für Magdeburg führte am Montagabend in einer dritten Generalversammlung die Debatte über den Bericht des Vorstandes zu Ende. Nahezu einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg steht nach wie vor auf dem Standpunkt der proletarischen Grundfänge. Sie fordert vom Parteivorstand und von der Reichstagsfraktion die strenge Beachtung der Beschlüsse der Parteitage und internationalen Kongresse. Sie weist jeden Versuch einer Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zurück, erwartet vielmehr, daß die Massen der sozialistisch denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen sich den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse anschließen, damit diese den Kampf für Gleichberechtigung usw. wirksam zu führen vermögen. Die Generalversammlung fordert vom Parteivorstand Maßnahmen, die eine Verständigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages herbeizuführen geeignet ist.“

Ein Antrag, den Parteisekretär für Magdeburg, Genossen Holzappel, zu kündigen, wurde mit großer Mehrheit gegen etwa 25 Stimmen abgelehnt.

Eine Kreisgeneralversammlung in Garburg (17. hann. Wahlkreis) billigte mit 43 gegen 3 Stimmen die Stellungnahme der Mehrheit der Reichstagsfraktion, bedauerte die Spaltung der Fraktion und erwartet, daß diese Spaltung nicht auf die Gesamtpartei übergreift.

In zwei Generalversammlungen beschäftigten sich die Delegierten der Parteiorganisation von Dresden-Neustadt mit den Vorgängen in der Partei. Angenommen wurde mit 75 gegen 14 Stimmen eine Resolution, die eine Verlesung programmatisch festgelegter Grundsätze oder internationaler Beschlüsse durch die Kreditbewilligung bestraft, die Gründung der Arbeitsgemeinschaft bebaudet und jeden Versuch einer Versplitterung oder Betätigung in Sondervereinigungen verurteilt.

In einer Kreisversammlung des ersten württ. Wahlkreises (Stuttgart-Stadt und Land) berichtete Gen. Hilgenbrand eingehend über die Verhandlungen des Reichstages vom Standpunkt der Fraktionsmehrheit aus und fand einmütige Zustimmung.

# Aus Groß-Berlin.

## Wohnungsdebatte im Berliner Rathaus.

Die Pflicht der Stadt Berlin, im Wohnungswesen durch entschlossenes Zutreten die Zustände zu bessern, ist in der Stadtverordnetenversammlung oft von Vertretern der Sozialdemokratie betont worden. Auf's neue tat das mit aller Schärfe gestern Genosse Heimann in seiner Begründung des sozialdemokratischen Antrages, der Auffklärung über den Bebauungsplan des für Berlins

Grundbesitz wichtigen Gebietes der Gemeinde Treptow forderte und die Stadt Berlin auf die Minderzahl des Berliner Reichsbildes ihr möglichste Betätigung hinwies. Unser Redner stellte fest, daß Berlin zur Besserung des Wohnungswesens bisher leider nichts getan hat, was irgendwie nach einem selbständigen Eingriff in die Wohnungsproduktion ausfähe. Seine Ausführungen über die Gefahr einer für die Zeit nach dem Kriege zu erwartenden Wohnungsnot, die mehr als je die Mahnung zu schleunigen Vorbeugungsmahregeln rechtfertigt, riefen bei den Vertretern des Grundbesitzes heftigen Widerspruch hervor. Auch was er über die Notwendigkeit sagte, für Städtebau und Wohnungserstellung soziale Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, war nicht nach dem Geschmack dieser Herren. Zusammen mit dem sozialdemokratischen Antrag wurde ein Antrag der Freien Fraktion erörtert, der für den noch nicht bebauten Teil des Berliner Reichsbildes eine Abänderung des veralteten Bebauungsplans forderte. In der Begründung wandte Stadtverordneter Körte sich gegen die Ansicht, daß eine Wohnungsnot zu befürchten sei. Oberbürgermeister Wermuth kündigte an, daß der Magistrat bereit sein werde, in gemischter Deputation über die hier angeregten Fragen zu beraten. Vom einseitigen Hausbesitzerstandpunkt aus sprachen Stadtverordneter Väseler und Stadtverordneter Bissing. In der Frage der Abänderung des Bebauungsplanes nahm auch Stadtverordneter Cassel sich mit großem Eifer der Hausbesitzerinteressen an. Den Anträgen stimmte er zu, aber die von den Antragstellern gegebenen Begründungen wollte er nicht gelten lassen. Daß man Anlaß habe, sich zu „überstürzen“, bestritt Stadtverordneter Imberg. Beide Anträge wurden angenommen. „Ueberstürzung“ braucht von der nun einzusetzenden gemischten Deputation wohl niemand zu befürchten.

## Aufhebung der Freieigenplare.

Nach einer neuen Verordnung über die Einschränkung des Papierverbrauchs ist über die Lieferung von Freieigenplaren folgende Bestimmung getroffen:

Die Lieferung von Frei- und Werbeexemplaren von solchen Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen periodisch erscheinenden Druckdrucken, die ganz oder teilweise auf maschinenglattem holzartigen Druckpapier hergestellt sind, ist verboten, gleichgültig, ob die Lieferung auf längere oder kürzere Zeit, ob sie durch Verleger oder durch Mittelpersonen erfolgt. Die Lieferung von Pflichtexemplaren an Behörden wird von dieser Bestimmung nicht berührt, ebenso ist die Abgabe von Freieigenplaren an Mitarbeiter, Lazarett- und Soldatenheime, jedoch nicht mehr als ein Exemplar, und die Abgabe von Werbeexemplaren an Inserenten.

Durch diese Verordnung wird unsere Expedition genötigt, die Lieferung aller Freieigenplare an die einzelnen Institute der Hospitäler, in Heil- und Heimstätten in Zukunft einzustellen. Dies zur Kenntnisnahme.

## Der Sammelfonds.

Bei Beginn des Krieges wurde in Berlin vom Magistrat ein Sammelfonds geschaffen, dessen Mittel dazu beitragen sollten, die durch den Krieg hervorgerufenen Notstände in Berliner Familien zu lindern. Aus ihm sollten Unterstützungen gewährt werden auch in besonderen Fällen, wo wegen Unzulänglichkeit der pflichtmäßigen Unterstützungen, die auf Grund von Reichsgelei und Gemeindebeschlüssen den Familien der Kriegsteilnehmer zu leisten sind, eine außerordentliche Beihilfe erforderlich schien. Wie es um diesen anfangs hauptsächlich auf Wohltäterpenden angewiesenen Sammelfonds jetzt steht, erfährt man aus dem der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Magistratsantrag, der laufenden Ausgaben des Fonds künftig aus Mitteln der Stadt zu decken. „Reiche Gaben sind ihm zugeflossen“, sagt die Begründung, „doch die lange Dauer des Krieges und die vielen Fälle, in denen geholfen werden mußte, haben ihn erschöpft“. Auch der Versuch, dem Fonds durch die Berliner Volksspende eine Quelle zur Verfügung und ausreichenden Auffüllung zu erschließen, hat nicht das erhoffte Ergebnis gehabt. Die einmaligen Gaben der Volksspende sind verbraucht, die ihr zugesicherten laufenden Gaben aber betragen nur 10—12 000 M., während dem Sammelfonds in jedem Monat eine Ausgabe von rund 100 000 M. zu leisten ist. Eine dem Magistratsantrag beigegebene Abrechnung des Sammelfonds für die Zeit vom Kriegsbeginn bis Mai 1916 weist Einnahmen in Höhe von fast 8 Millionen Mark nach, denen ziemlich 2 1/2 Millionen Mark Ausgaben gegenüberstehen. An den Ausgaben sind die für Kriegsertrauen bewilligten außerordentlichen Unterstützungen, die zur Aufbesserung der regelmäßigen Unterstützungen dienen, mit mehr als 1 1/2 Millionen Mark beteiligt. Etwa 244 000 M. davon verteilen die Bezirksvorsteher, alles übrige — über 1 142 000 M. — wurde durch die Kriegunterstützungskommissionen bewilligt. Die außerordentlichen Unterstützungen Arbeitsloser aus Mitteln des Sammelfonds beliefen sich auf knapp 58 000 M. Dazu kamen Aufwendungen für Milchlieferung an Gemeindegelübter (12 500 M.), für Weihnachtshelferungen (23 000 M.), für ostpreussische und baltische Flüchtlinge (41 000 M. und 5000 M.), auch für Liebesgaben der Truppen (23 000 M.). Ein beträchtlicher Teil der Gesamtausgabe floß an Vereine, die sich der Kriegswohlfahrtspflege widmen, im ganzen 303 000 M. So erhielt der Nationale Frauendienst 108 000 M., der Verein für Kinderwaisenkinder und Waisenkinderhorte 30 000 M., der Provinzialverein Berlin des Vaterländischen Frauenvereins 22 000 M., der Ausschuß für Mutter- und Säuglingsfürsorge 20 000 M., die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge 20 000 M. usw. usw. Unter den Organisationen, die nur geringe Beihilfen erhielten, ist auch die Kinderschutzkommission mit 4000 M. Viele Spenden waren dem Sammelfonds ausdrücklich für bestimmte Zwecke überwiesen worden, z. B. für Unterstützung von erblindeten Kriegern, von Kriegswitwen und Kriegswaisen usw.; sie wurden im Gesamtbetrag von 246 000 M. abgezweigt und ohne weiteres diesen Zwecken zugeführt. 480 000 M. wurden für bestimmte Vereine gespendet, z. B. für das Rote Kreuz, für die Nationalstiftung usw.; sie kamen für eigene Ausgaben des Sammelfonds nicht in Betracht und waren sofort den Vereinen zu überweisen. Der Sammelfonds hatte nach dem letzten Kassenausschluß noch 346 000 M., wovon aber 178 000 M. auf jetzt nicht verkäufliche Wertpapiere entfielen, so daß nur 168 000 M. in bar verfügbar waren. Die laufenden Ausgaben werden auf 108 000 M. im Monat veranschlagt. Der Magistrat rechnet auf erhebliche Einnahmen nicht mehr und sieht den Sammelfonds als erschöpft an.

## Mängel in der Fleischversorgung.

In der Fleischversorgung Berlins haben sich eine Reihe Mängel geltend gemacht, die dringend der Abhilfe bedürfen. Aus verschiedenen Zuschriften aus unserem Leserkreis geht hervor, daß die Zahl der Kunden durchaus nicht klein ist, die auf ihre Karten trotz Eintragung in die Kundenliste Fleisch nicht erhalten haben. Zum Teil liegt das an den Schlächtern selbst, welche die Kunden nicht ordnungsgemäß abfertigten.

Der Fall Stender in der Stendaler Straße, über den wir berichteten, wird von Kunden, die kein Fleisch erhalten haben, ganz

anders dargestellt, als wir auf Grund einer von amtlicher Seite erhaltenen Auskunft mitteilten. Der Schlächter Stender sei schon in der ersten Woche der Fleischkartenausgabe die Karte geübt worden, daß vor der Fleischbestellung die Fleischkarte und die Bescheinigung über die erfolgte Eintragung in die Kundenliste abgegeben werden mußte. Nach dieser Praxis sei es nicht möglich, daß an 300 ältere Frauen unachtsamerweise Fleisch abgegeben werden konnte, obwohl diese in die Kundenliste nicht eingetragen waren. Ein Polizeiwachmeister hat einem Beschwerdeführer mitgeteilt, es sei festgestellt, daß der Schlächter Stender 4 Zentner Fleisch zu wenig erhalten habe und deshalb die Kunden nicht habe befriedigen können, außerdem sei auch Fleisch an Gastwirte abgegeben worden. Auch der Inhaber der Fleischzentrale in der Prinzenallee 82, Schirol, über den wir dieser Tage klagen mußten, schreibt uns, er habe viel weniger Fleisch erhalten, als ihm nach der eingereichten Kundenliste zukomme. 1770 Abschnitte habe er gesammelt, er hätte danach 1135 Pfund 110 Gramm Fleisch erhalten müssen, dazu kämen noch 35 Pfund Fleisch auf Fleischbezugscheine für Restaurateure. In drei Wochen hätte er 3510 Pfund 300 Gramm erhalten müssen, erhalten habe er aber nur 2908 Pfund Fleisch, also 602 Pfund weniger. Daran liege es, daß er nicht alle Kunden habe bedienen können. Der Grund, daß eine Anzahl Leute Fleisch nicht erhalten konnten, liegt also zum Teil an den Schlächtern selbst, zum Teil aber auch darin, daß eine Anzahl Schlächter nicht genügend Fleisch erhalten hat. Vorgekommen ist es, daß selbst Fleischer, die mehr Fleisch erhalten haben, als auf sie entfiel, sich Unregelmäßigkeiten haben zuschulden kommen lassen. Bei Wiederholung sollen sie dadurch bestraft werden, daß ihnen für 4 bis 8 Wochen kein Fleisch geliefert wird.

Bei der Verteilung des Fleisches ist das Durchschnittsgewicht für Rinder überschätzt worden; man legte ein Gewicht von 4 Zentnern zugrunde. Diese Schätzung ist zu hoch. Es hat sich ergeben, daß das von den Viehhandelsverbänden gelieferte Vieh zum Teil sehr mindertwertig und dürrig ist, so daß die Verteilung große Schwierigkeiten macht. Man will in Zukunft anstatt 4 Zentner nur 3 1/2 Zentner zugrunde legen. Vorgekommen ist es auch, daß Fleisch, für die kommende Woche bestimmt, vom Schlächter schon am Sonnabend und Sonntag verkauft worden ist. Man hofft, durch neue Bestimmungen und Kontrollen die zutage tretenden Mißstände in Kürze zu beseitigen. Die größte Schwierigkeit aber liegt in der Zufuhr. Mit den Viehhandelsverbänden ist kein gutes Arbeiten; sie schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Zahlt die Stadt nicht die von ihnen geforderten Preise anstandslos, so heißt es: „Entweder den verlangten Preis zahlen, oder es gibt kein Vieh.“ Niemand will als Beschwerdestelle über die Viehhandelsverbände zuständig sein. Die Reichsfleischstelle erklärt, nicht zuständig zu sein, das Ministerium des Innern gibt die gleiche Erklärung ab, und nun will man es beim Landwirtschaftsministerium versuchen.

Aber soviel kann schon heute gesagt werden, daß in den nächsten Wochen eine erhebliche Herabsetzung des Fleischquantums eintreten wird. Außer dem inländischen Vieh erhält die Stadt auch dänische Rinder. Dieses Vieh ist vollfleischig, aber auch teurer als das hiesige; ein Stück kostet etwa 500 M. mehr, so daß die Stadt in den letzten Wochen 180 000 M. zugelegt hat. Man will deshalb, weil auf das ausländische Vieh nicht verzichtet werden soll, den Gesamtpreis des Fleisches um 5 Pf. das Pfund erhöhen.

Nach wie vor werden aber die Käufer ersucht, alle Beschwerden über ungenügende Abfertigung an die zuständige Beschwerdestelle: Städtischer Kommissar für die Fleischverteilung — Städtischer Schlachthof, Eingang Landsberger Allee, Reichenschaugebäude (Zimmer 3 und 4), zu richten. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn der Magistrat den Einzelfall genau kennt.

Es mehren sich auch die Klagen über die Behandlung des laufenden Publikums durch die Schlächter. Wir müssen absehen von Veröffentlichung einzelner Fälle, eruchen aber dringend den Magistrat, auf die schwere Verantwortung hinzuweisen, welche die Schlächter in der jetzigen Zeit durch ungehörige Behandlung der laufenden ohnehin schwer leidenden Bevölkerung übernehmen.

Vielleicht legt auch der neue Polizeipräsident größeren Wert darauf, daß vor den Lebensmittelgeschäften nur solche Polizeibeamte hingestellt werden, die über große Ruhe und über angemessenen Takt verfügen. Wir haben bei unseren Beobachtungen gesehen, daß an manchen Stellen Beamte in recht ruhiger und würdiger Weise ihr Amt ausüben, haben aber auch bemerken müssen, und verzeichnen uns zugegangene Klagen bestätigen dies, daß in anderen Fällen Beamte postiert sind, die für eine Regelung des Verkehrs vor Lebensmittelgeschäften sich gar nicht eignen.

## Großhandelspreise für Werdersches Obst.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat nach Anhörung der maßgebenden Produzentenverbände von Werder und Umgebung und mit ihrem Einverständnis die nachfolgenden Preise für Werdersches Obst als angemessen festgesetzt, die sich im Großhandel frei Markt Berlin mit sofortiger Gültigkeit verstehen:

1. Erdbeeren.	
I. Sorte . . . . .	60 M. pro Ztr.
II. . . . .	40 . . . . .
Unfortierte . . . . .	50 . . . . .
2. Kirschchen.	
A. (frühe und späte) Sächsischen	
Große, sortierte, gepackte 50 M. pro Ztr.	
Unfortierte . . . . .	35 . . . . .
B. Sauerländischen.	
Preßware . . . . .	25 M. pro Ztr.
Gut sortierte echte saure Gimmachware	
I. Sorte . . . . .	50 M. pro Ztr.
II. . . . .	40 . . . . .
3. Reife Stachelbeeren.	
Großfrüchtige, edle . . . . .	35—50 M. pro Ztr.
Gewöhnliche . . . . .	20—30 . . . . .
4. Johannisbeeren.	
Große, edle, rot und weiß 32 M. pro Ztr.	
gewöhnliche a) rote . . . . .	25 . . . . .
b) weiße . . . . .	25 . . . . .
5. Himbeeren.	
Preßware . . . . .	45 M. pro Ztr.
Zum Rohgenuss sorgfältig	
gepflegte Gimmachware 50	
6. Großfrüchtige Edelplausen.	
25—40 M. pro Ztr.	

Bei etwaigem direktem Kauf ab Werder ist zu berücksichtigen, daß in den obigen Großhandelspreisen der tatsächliche Frachtaufschlag zugleich 10 Proz. Großhandelsaufschlag enthalten sind.

Dem Kleinhandel wird auf die obigen Großhandelspreise ein Aufschlag bis zu 25 Proz. als angemessen zugestimmt.

Bei der Festsetzung der genannten Preise haben die Ernteergebnisse im Werderschen Bezirke und die besonders gute Qualität des Werderschen Obstes bestimmend mitzuwirken. Ein Vergleich mit den in Südwestdeutschland festgesetzten Höchstpreisen ist daher nicht ohne weiteres angehängig. Das Publikum ist nunmehr in der Lage, die Angemessen-

heit der Preisforderungen von Werderschem Obst zu beurteilen und wird ersucht, Ueberschreitungen der als angemessen vereinbarten Preisgrenzen sofort der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin, Berlin, Breitestr. 11, anzuzeigen, die alle Uebertretungen verfolgen wird.

### Höchstpreise für neue Kartoffeln.

Der Magistrat Berlin hat gestern eine Verordnung erlassen, nach der der Preis für einen Pfund Speisekartoffeln der Ernte 1916 (Frühkartoffeln), gleichgültig, ob sie ausländischen oder inländischen Ursprungs sind, im Kleinhandel 11 Pf. für das Pfund nicht übersteigen darf.

Als Kleinhandel im Sinne der Verordnung gilt der Verkauf an den Verbraucher, soweit er nicht mehr als 500 Kilogramm zum Gegenstande hat.

Selbstverständlich ist die Abgabe und Entnahme von Frühkartoffeln auch nur gegen Kartoffelkarte zulässig.

### Butter ohne Butterkarte.

Die Butterknappheit hat die zwanzigjährige Arbeiterin Elli Kampfenkel zu einer großen Anzahl von Schwindeleien ausgenutzt, die sie gestern wegen Betruges in nicht weniger als achtzehn Fällen vor die fünfte Strafkammer des Landgerichts I führte. Trotz ihrer Jugend hat sich die Angeklagte schon wiederholt in ähnlicher Weise betätigt und ist bereits zweimal wegen Betruges bestraft worden, weil sie Bekannte und Nachbarn gebrandschagt und ihnen unter allerlei Vorpiegelungen Geld abgelockt hatte. Jetzt hatte sie eine Reihe von Leuten aufgejagt und ihnen vorgerebet, daß sie ihnen Butter ohne Butterkarte verschaffen könnte, da sie mit einem jungen Mädchen befreundet sei, das eine Anstellung in einer hiesigen großen Meierei habe. Die meisten waren natürlich hoch erfreut, einmal mehr Butter oder angeht das in den Monaten Februar bis April herrschenden großen Mangels überhaupt solche erhalten zu können und gaben ihr die verlangten Beträge von 3-5 M. bereitwillig, als sie erklärte, die Butter müsse bei ihr im voraus bezahlt werden. Da die Angeklagte, die sich nach dem Empfang des Geldes nicht mehr sehen ließ, sich nicht geschämt hatte, auch arme Soldaten in Kafetern und Lazaretten zu schädigen und zu diesem Zweck sogar nach Brandenburg gefahren war, so verurteilte sie das Schöffengericht, vor dem sie zunächst stand, zu einem Jahre Gefängnis. Auf ihre eingeleitete Berufung hin ermäßigte jedoch die Strafkammer mit Rücksicht auf das umfassende Gesandnis der Angeklagten das Urteil auf sechs Monate Gefängnis.

### Handel mit verdorbenen Fleischwaren.

Eine schwere Strafe verhängte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte über den Schlächtermeister Ernst Müller aus der Greifswalder Straße, der wegen vorsätzlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz angeklagt war. Auf Grund mehrfacher Klagen aus dem Publikum über die Beschaffenheit einzelner Fleischwaren hatte der Polizeiarzt Hertel in den Geschäftsräumen des Angeklagten eine Besichtigung vorgenommen und dabei das Vorhandensein schlecht gewordener und für die menschliche Nahrung nicht geeigneter Fleischbestände festgestellt. Zur Anlage waren speziell zwei Fälle festgestellt worden, in denen es sich um verdorbenen Speck und verdorbene Leber, die zu Leberwürsten verarbeitet worden war, handelte. Der Angeklagte bestritt entschieden jede Schuld und stellte unter Beweis, daß der Speck, der hier in Frage stand, 11 Tage vorher (!) von einem anderen Sachverständigen als nicht zu beanstanden begutachtet worden sei und daß er auch die Leber zu hohem Preise erworben und sich wegen ihrer Verarbeitung zur Wurst ganz auf seinen Gefellen habe verlassen müssen. Der Amtsanwalt hielt aber auf Grund der Verweigerung den Angeklagten nicht nur des schuldigen, sondern des vorsätzlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz für überführt und beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis, wobei es berücksichtigte, daß in der heutigen schweren Zeit das Publikum bezüglich der Beschaffenheit der von ihnen erworbenen Nahrungsmittel nachdrücklich vor gesundheitlichen Gefahren geschützt werden müsse. — Der Angeklagte meldete sofort Berufung gegen das Urteil an.

Ein Einbrecher erschossen. Als ein gefährlicher Verbrecher erkannt wurde ein Mann, der in der Nacht zum Montag bei einem Einbruch in Wittenau erschossen wurde. Zwei Einbrecher machten sich dort auf einem Laubengänge zu schaffen. Der eine erbrach eine Türe und griff deren Besitzer, als er aus dem Schlaf erwachte, tödlich an, um ihn von seinem Lager herunterzureißen. Der Überfallene gab in der Finsternis einen Schreckschrei ab und traf den Angreifer so schwer, daß er tot zusammenbrach. Der Erschossene wurde jetzt festgestellt als ein 36 Jahre alter, schon oft vorbestrafter Jubelster und Lauben-, Geschäfts- und Boden-einbrecher Max Wetke, der sich ohne Wohnung in Berlin aufhielt und bald hier, bald da bei Straßenmädchen Unterschlupf fand. Sein Spiegelbild, der in der Nacht entkam, ist noch nicht ergriffen.

Das Opfer einer Verbrüfung ist das 1 1/2 Jahre alte Töchterchen Jenni des Kraftwagenführers Peter aus der Liebenwalder Straße 43 geworden. Peter steht bei einer Kraftwagenabteilung im Felde. Seine Frau wohnt mit den Kindern bei ihren Eltern. Am Sonntag, als alle in der Küche waren, goß die Großmutter aus einem Teekessel kochendes Wasser in einen Eimer, der auf dem Kohlenkasten stand. In einem unbewachten Augenblick rief nun die Kleine den Eimer um. Das kochende Wasser ergoß sich über sie und verbrühte sie so stark, daß sie im Krankenhaus starb.

In einem falschen Führer geriet ein Mädchen, das gestern aus Weisfalen hier ankam. Bevor sie den Potsdamer Bahnhof verließ, zahlte die Reisende ihr Geld, das sie in einem Portemonnaie in der Handtasche trug. Bald darauf kam ihr ein Mann, der ohne Zweifel diesen Vorgang beobachtet hatte, wie zufällig in den Weg und erbot sich, ihr behilflich zu sein, damit sie sich in der Großstadt zurechtfinde. Der freundliche Führer ging mit dem Mädchen nach dem Tiergarten und setzte sich mit ihm gegenüber den Felten auf eine Bank. Dort entriegelte er der Arglosen plötzlich die Handtasche, entnahm und entkam. Das Portemonnaie, das sich noch in der Tasche befand, enthielt 40 M.

Reisende Berliner Einbrecher waren in der vergangenen Nacht in Schneidemühl an der Arbeit. Sie stahlen dort bei einem Kaufmann Schleier für 4000 M., Seidenstoffe, Kostüme und andere Waren, packten alles in vieredrige Pappkartons und fuhren, wie die Ermittlungen ergaben, morgens mit dem ersten Zuge in der Richtung nach Berlin ab.

Einer Blutvergiftung erliegen ist der 18 Jahre alte Arbeiter Bruno Hornum aus der Schlichter, W. zu Tegel, der vor acht Tagen einen Betriebsunfall erlitt. Der junge Mann war beim Neubau der Hundsdorfmühle beschäftigt. Dort kippte beim Ausschichten eine Lure um und traf ihn. Obwohl äußerlich zunächst nur Hautabschürfungen an Händen und Füßen festzustellen waren, mußte der Verunglückte nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht werden. Die dort eine Blutvergiftung an der linken Hand ein, die gestern zum Tode führte.

Gefährliche Fahrt. Am Mittwochabend um 1/4 Uhr löste sich von dem Hause Michaelkirchstr. 39 in einer Ausdehnung von fast zehn Meter die Trempelwand mit den darüber befindlichen Teilen des Daches und stürzte nach der Straße zu auf den um diese Zeit glücklicherweise wenig belebten Bürgersteig ab, ohne Schaden zu verursachen. Die Feuerwehre besichtigte dann weitere Gefahr, während die Polizei die Unfallstelle absperzte. Der Unfall ist auf Altersschwäche der Holzverschalung zurückzuführen, die zum Teil vollständig morsch war und längst hätte erneuert werden müssen.

## Aus den Gemeinden.

### Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg.

Der Sitzung am Mittwoch lag ein Dringlichkeitsantrag der liberalen Fraktion vor, der verlangte, die Geschäftsstellen der Protokollkommissionen zu vermehren und deren Arbeitszeit auszuweiten, damit eine schnellere Abfertigung des Publikums erzielt würde. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß sich im Publikum große Unzufriedenheit gezeigt habe, da die Kommissionen in ungenügenden Räumen untergebracht und auch täglich nur von 5-7 Uhr geöffnet seien. Das Publikum müsse daher häufig über eine Stunde warten, ehe es abgefertigt werde. Nachdem Oberbürgermeister Scholz die Befreiung der Ritzhände zugesagt hatte, wurde der Antrag angenommen.

Eine Vorlage des Magistrats unterbreitete der Versammlung Vorschläge für die zahnärztliche Versorgung der Kriegervfamilien. Der Magistrat hat mit dem „Zahnärztlichen Verein Charlottenburg, Schöneberg und Groß-Berlin“ ein Abkommen getroffen, nach dem die Angehörigen der Kriegsteilnehmer freie Zahnbehandlung haben. Die Versammlung erklärte sich mit dem Magistratsantrage einverstanden.

Die Magistratsvorlage, die eine Erhöhung der Kriegsteuerumlagen vorsieht, wurde einem Ausschusse übergeben, da noch die Wünsche mehrerer Arbeiter und Beamtenkreise besprochen werden sollen.

### Bezugsheine für den Butterverkauf in Schöneberg.

Vom 1. Juli 1916 ab dürfen Molkereien an Selbstverbraucher, Anstalten, Gast- und Speisewirtschaften nur dann Butter verkaufen, wenn sie vorher einen Bezugschein erhalten haben. In Schöneberg wohnende Postbesitzer haben die Anträge unzerzählig an den Magistrat, Rathaus, Lebensmittelstelle, zu richten und darin anzugeben, wieviel Butterkarten bisher ihrem Haushalt oder ihrem Betriebe zugewiesen worden sind. Die Haushaltsangehörigen, für die die der Butterbezug von außerhalb erfolgen soll, sind namentlich aufzuführen. Sobald dann auf Grund des Bezugscheines Butter von außerhalb eingeht, hat die Abgabe der Butterkarten nicht mehr an die Protokollkommissionen, sondern an die die Bezugsheine ausgebende Lebensmittelstelle zu erfolgen.

### Der Schweinefleischverkauf in Reinickendorf.

Erfolgte bisher, abweichend von Berlin, in sieben Verkaufsstellen unter Aufsicht und für Rechnung der Gemeinde. Jedem Einwohner wurde 1/2 Pfund Fleisch oder Fett zugeteilt. Die Verteilung erfolgte wöchentlich zweimal nach dem Nummernsystem. Zwei Tage vor dem Verkauf wurden die je nach dem vorhandenen Fleischquantum zur Berücksichtigung gelangenden Nummern (der Lebensmittelkarte) durch Aushang an den Verkaufsläden bekanntgemacht. Dieses System ermöglichte eine gerechte, jeden Einwohner gleichmäßig berücksichtigende Fleischverteilung. Hierin wird vom kommenden Montag ab eine bedauerliche Veränderung eintreten. Infolge Einführung der einheitlichen Fleischkarte für Groß-Berlin muß sich auch die Gemeinde Reinickendorf dem in Berlin üblichen Fleischverteilungssystem anpassen. Das Schweinefleisch wird dabei künftig, ebenso wie bisher die anderen Fleischsorten, durch die Schlächter zum Verkauf kommen. Das auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Fleischquantum entspricht dann künftig der Berliner Nation.

### Mitgliederversammlung des Charlottenburger Wahlvereins.

Die Mitgliederversammlung vom Dienstag, den 20. Juni, nahm zunächst die Wahlen der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung vor. Sodann erstatteten die Delegierten der Kreisgeneralversammlung ihren Bericht. In den Bericht knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, wobei sich die Versammlung fast durchweg mit der Haltung ihrer Delegierten einverstanden erklärte. Allgemein wurde anerkannt, daß es sich bei der Frage der Zulassung der Nichterleider Delegierten, die den Ausgangspunkt des ganzen Konflikts bildete, eigentlich nicht um parteipolitische, sondern um rein organisatorische Fragen handelte. Die Versammlung bestritt dem Kreisvorstand nicht das Recht, gegen die Zulassung der Delegierten beizutreten, sondern, selbständig darüber zu entscheiden. Es sei Sache der Mandatsprüfungskommission und darüber hinaus der Versammlung, über die Rechtmäßigkeit der Mandate zu entscheiden. Einem solchen Entscheid habe sich dann auch die Leitung der Versammlung zu fügen. — Es wurde darauf gegen 9 Stimmen folgender Antrag angenommen:

Die am 20. Juni 1916 im Volkshaus tagende Mitgliederversammlung des Wahlvereins Charlottenburg erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten auf der Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Deeslow-Charlottenburg am Sonntag, den 18. Juni 1916 vollkommen einverstanden. — Nach dem provisorischen Vorgehen des alten Kreisvorstandes blieb der ordnungsmäßig einberufenen und ordnungsmäßig zusammengetretenen Kreisgeneralversammlung nichts anderes übrig, als einen neuen Kreisvorstand zu wählen. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, wenn sich die alten Kreisvorstandsmitglieder auch jetzt noch die Rechte eines Kreisvorstandes anzuweisen versuchen. Der Wahlverein Charlottenburg lehnt es daher ab, noch weiter mit den alten Kreisvorstandsmitgliedern geschäftlich zu verkehren. Für ihn kommt als rechtmäßiger Vorstand nur der neugewählte Kreisvorstand in Frage.

Zum Schluß wurden als Delegierte zur nächsten Kreis-Generalversammlung die Delegierten der vorigen Versammlung einstimmig wiedergewählt.

### Mitgliederversammlung des Wahlvereins Schöneberg.

Die Versammlung am Dienstag nahm den Bericht von der Kreisgeneralversammlung vom 18. Juni entgegen. Im Anschluß an den Bericht gelangte eine eingebrachte Resolution Gollmitz mit 85 Stimmen zur Annahme. Sie lautet: „Die am 20. Juni 1916 tagende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Schöneberg erklärt sich mit den Beschlüssen der Kreisgeneralversammlung vom 18. Juni einverstanden. Sie spricht dem neugewählten Vorstand ihr Vertrauen aus und hofft, daß im Kreis bald geordnete Zustände eintreten mögen.“ Folgender Antrag erhielt 31 Stimmen: „Die Mitgliederversammlung fordert den Kreisvorstand auf, laut Statut § 8 Abs. 4 eine sofortige außerordentliche Kreisgeneralversammlung einzuberufen, den Bericht zu geben, Neuwahlen stattfinden zu lassen sowie die übrigen Punkte der Tagesordnung ordnungsmäßig zu erledigen.“ Für die Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung lagen zwei Vorschlagslisten vor, eine aus den Bezirken und eine aus der Versammlung. Gewählt wurden die aus der Versammlung vorgeschlagenen Genossen.

### Stellungnahme des Mariendorfer Wahlvereins.

Am 21. Juni nahm die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Mariendorf, die von 120 Genossen besucht war, Stellung zur Kreisgeneralversammlung. Nach einem Bericht des Genossen Oberlein wurde in der Diskussion das Verhalten des Kreisvorstandes öffentlich verurteilt und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Mariendorf erklärt sich mit den Beschlüssen der Kreisgeneralversammlung einverstanden und erklärt, daß die Mitgliedschaft Mariendorf zum neuen Vorstande steht.“

Zur Lebensmittellieferung wurden die Gemeindevorsteher beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen der Gemeindevorstellung die Lebensmittellieferung erneut zur Sprache zu bringen.

## Gerichtszeitung.

### Der zweite der jugendlichen Räuber,

die am 20. März den Ueberfall auf den Uhrmacher Bracht in der Greifswalder Straße ausgeführt haben, stand gestern in der Person des 19-jährigen Schloßers Rudolf Perli vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Der Angeklagte hatte mit seinem Freunde, dem noch nicht 18-jährigen Arbeiter John, gemeinsam den Plan gefaßt, in einen Uhrmacherladen zu gehen, sich Uhren vorlegen zu lassen und dann eine plötzliche Wagnahme und damit zu entziehen. Nachdem am 20. März morgens der Versuch, diesen Plan im Laden des Uhrmachers Finn in der Auguststraße auszuführen, mißlungen war, begaben sich beide in das Geschäft des Uhrmachers Bracht und verlangten einen Wacker zu kaufen. Als Bracht sich hütete, um einen Wacker aus dem Schaufenster herauszuholen, verfiel ihm Perli einen so wichtigen Faustschlag ins Gesicht, so daß er zu Boden stürzte. Beide Verbrecher fielen dann über ihn her und suchten ihm die Uhr zu entreißen. Als dann eine Frau, die von der Straße das Rängen angesehen hatte, den Laden betreten wollte, gelang es dem John, zu entweichen, während Perli von Bracht festgehalten wurde und den inzwischen herbeigekommenen Personen übergeben werden konnte. Der minderjährige John ist wegen dieser Tat von der Strafkammer zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden, Perli mußte vor das Schwurgericht gestellt werden. — Die Geschworenen billigten mildernde Umstände zu und so wurde der Angeklagte zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

## Aus aller Welt.

### Der Erzbischof von Köln an die Gemüsebauern.

Der Erzbischof von Köln gibt in einem Erlaß an die Pfarrer der ländlichen Nachbarschaft der Stadt Köln seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß eine tiefgehende Erbitterung zwischen der städtischen Bevölkerung und der den Kölner Gemüsemarkt besiedelnden Landbevölkerung einzutreten drohe. Er fordert die Landleute auf Grund des christlichen Sitte, gefesselt auf die augenblickliche Notlage der städtischen Bevölkerung nicht durch übertriebenen hohen Preise oder Fernbleiben vom Markt zu erschweren, ganz abgesehen davon, daß Abwehrmaßregeln ganz unvermeidlich sein würden. Die Einigkeit, die alle Bevölkerungsklassen gegenwärtig gegen den auswärtigen Feind zusammenschließt, dürfe nicht durch unläutere Gewinnjagd getrübt werden.

Die rheinischen Bauern gelten ja als sehr kirchlich. Die Rührung ihres Oberhirten möge demnach offenen Ohren begegnen. Warten wir es ab.

### Jugendveranstaltungen.

Jugendbildungsverein Schöneberg (früher Abenteurer der „Arbeiterjugend“). Treffen zur Sommerfeier Sonnabendabend 7/10 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz.  
Mittwoch, 28. Juni, Spielabend im Lokal.

Der Deutsche Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ feiert die diesjährige Sommerfeier am Sonnabend, den 24. Juni, zum Sonntag, den 25. Juni, am Teupler See. Zwei Extrazüge der Kleinbahn Königswalderhau-Depot 7.30 und 10.00 Uhr fahren zum Teupler See. Abfahrt Götlicher Bahnhof Vorortverkehr 6.40 und 8.40, Fernverkehr 6.55. Teilnahmekarten a 70 Pf. mit Benutzung des Extrazuges und Platzkarten a 25 Pf. sind noch bis Sonnabendmittag zu haben bei Fritz Krue, Mariannenstr. 11, und Artur Franzen, Reue Hofstr. 32/34, ebenso am Kleinbahnhof Königswalderhau.

Arbeiter-Kadaverbund „Solidarität“, Müllershof Berlin. Sonnabend, den 24. Juni: Teilnahme sämtlicher Abteilungen an der Sommerfeier des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ am Wehner Hof bei Hennigsdorf. Abfahrt 8.48 abends vom Stettiner Vorortbahnhof bei Hennigsdorf.

25. Juni: Treffpunkt sämtlicher Abteilungen in Ottenide (Nordbahn), Restaurant Altermann. Bahnfahrt bis Frohnau.  
Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter zu Hamburg (H. a. G.). Filiale Baumgulenweg. Am Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Boche, Baumgulenstr. 67: Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Wettersichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Zunächst überall trocken und heiter mit weiterer Erwärmung, später im Westen beginnende, allmähliche neue Trübung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher  
**Otto Krause**  
Neußün, Hermannstr. 41  
am 19. Juni gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
Kege Beteiligung erwartet  
118/19 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeitstufcher  
**Johann Stein**  
von der Firma Vereinigte Berliner Wärfelwerke am 16. d. Mts. im Alter von 65 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
65/17 Die Bezirksverwaltung.

**Zentralverband der Dachdecker.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
51/2  
**Max Zernsdorf**  
am 21. Juni verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelstrieder-Kirchhofes in Nordend aus statt.  
Recht zahlreiche Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

**Nachruf.**  
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 9. Juni 1916 unser Angehöriger  
**Felix Leopold**  
im 40. Lebensjahre. 269/11  
Sein arbeitsfreudiges Wirken für die Interessen der Klasse in den 10 Jahren seiner Beschäftigung werden ihm bei und stets ein dauerndes Andenken bewahren.  
Der Vorstand der Ortskrankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Planortarbeiter zu Berlin.

Am 24. Lebensjahre fiel als Opfer dieses Völkerringens am 15. Juni durch Artilleriegefecht unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Pfister  
**Karl Heinzelmann.**  
Die tiefbetrübten Eltern  
Paul Heinzelmann und Frau.  
Paul Heinzelmann Jr. (als Urlaub) und Frau (als Bruder und Schwägerin).  
Johanna Richter geb. Heinzelmann, Klara Heinzelmann (a. Schwester), Margot und Erika (als Töchter), Lichtenberg, Rantitz, 20.  
Du sanft dahin, wie Rosen sinken, Wenn sie in voller Blüte stehn.  
Schlaf wohl, es gibt kein Wiedersehen.  
83/18

Da es uns nicht möglich, jedem einzelnen für die lebendige Teilnahme bei der Einsegnung meines lieben Mannes, Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des Galtwirts  
**Hermann Siebert**  
zu danken, so lasse ich hiermit allen Verwandten, Bekannten, Freunden und Genossen, insbesondere dem Stadtkommandanten Herrn Walter Ramasse für die ergreifenden Worte am Sarge, dem Wahlverein des 6. Wahlkreises, dem Verband der freien Gastwirte, dem Gesangsverein „Freizeiter Harmonie“, dem Vereinsleiter Herrn Krantenhaus Noabli, sowie den Kameraden der Station A. und dem Landsturm-Reg. I. 11 Schöneberg unseren herzlichsten Dank. Im Namen aller Hinterbliebenen  
Frau Elisabeth Siebert und Kinder.